



Dr. Günther Beckstein:

Kompetenz statt Inszenierung

Aus Anlass des 60. Geburtstags des Kommunalministers gab Ministerpräsident Edmund Stoiber einen Empfang in der Münchner Residenz. **Seite 2**



Renate Dodell:

Wir haben zu wenige Kinder!

Die demografische Entwicklung lässt bei der stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion sämtliche Alarmglocken schrillen. **Seite 3**



Dr. Michael Zehetmair:

Eintauchen in mediale Sprachwelten

Der BR-Redaktionsleiter untersuchte mit seinem Team „Dialekte in Bayern“. Was es mit dieser Entdeckungsreise auf sich hat, verriet er der GZ. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 04. Dezember 2003

54. Jahrgang / Nummer 23

Georg Sinnacher zum Abschied:

Präsident mit großem Weitblick

Am 5. Dezember wird im Rahmen eines Festakts im Goldenen Saal des Rathauses zu Augsburg der langjährige Präsident des Verbands der Bayerischen Bezirke, Dr. Georg Sinnacher, verabschiedet. Sein großer Fleiß, sein politisches Geschick und nicht zuletzt sein profundes Fachwissen halfen dem Kapitän, das mitunter von stürmischer See begleitete Bezirksschiff während der vergangenen 24 Jahre erfolgreich auf Kurs zu halten.

Beruflich begann der heute 70-Jährige seine Karriere bei der Regierung von Oberbayern. Von dort wechselte er in die Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, ehe er 1965 an das Landratsamt Schwabmünchen kam. Obwohl Sinnacher die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Karriere im Staatsdienst mitbrachte, kam er der Aufforderung nach, für das Amt des Landrates von Günzburg zu kandidieren. Mit einer soliden Zwei-Drittel-Mehrheit wurde er 1967 mit nur 34 Jahren zum jüngsten Landrat in Bayern gewählt.

Die Politik hat ihn seitdem nicht mehr losgelassen. 1970 zog Sinnacher in den schwäbischen Bezirkstag ein, und nur vier Jahre später wurde er in das Amt des Bezirkstagspräsidenten gewählt. Mit 42 Jahren stand er einem politischen Gremium vor, das zum damaligen Zeitpunkt mit den finanziellen Möglichkeiten, die zur Verfügung standen, noch Lösungen bieten und Akzente setzen konnte.

Überregionale Visionen

Als Bezirkstagspräsident entwickelte Georg Sinnacher überregionale Visionen, und

1979 konnte er die Gründung eines vierten regionalen Spitzenverbandes realisieren. Der Verband der bayerischen Bezirke mit Sitz in München gewann durch seinen Präsidenten eine politische Präsenz, die nicht ignoriert werden konnte.

Anwalt der Schwachen

„Anwalt der sozial Schwachen“



Dr. Georg Sinnacher.

chen“, „Retter der Schwäbischen Klösterlandschaft“ waren nur zwei der Titel, die dem schwäbischen Bezirkstagspräsidenten verliehen wurden, in denen sich sein Engagement und sein allumfassendes Interesse an den Menschen und an der Kulturregion des Bezirks Schwaben wieder findet. Viele Einrichtungen gäbe es heute nicht mehr, wenn Sinnacher nicht die Initiative ergriffen hätte. Beispielhaft sei das ehemalige Benediktiner Kloster Irsee genannt, das heute ein international renommiertes Kultur- und Bildungszentrum ist. Zu den Höhepunkten der Denkmalpflege in Schwaben zählen die Restaurierung der Synagoge in Ichenhausen oder die Revitalisierung des Theaters in Göggingen nahe Augsburg.

Unerschütterlicher Mut

Viele weitere Verdienste, Leistungen und Errungenschaften könnten mit dem Namen Georg Sinnacher verbunden werden. Sein Hauptcharakteristikum aber ist seine Bürgernähe, sein Weitblick und sein unerschütterlicher Mut, eingefahrene Wege zu verlassen und neue Ideen aufzugreifen. Ob Jugendhilfe oder Altenhilfe, Psychiatrie oder der Einsatz für Menschen mit Behinderung, wohnortnahe Versorgung psychisch kranker Menschen - die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden, denn in all diesen Bereichen engagierte er sich mit der Folge, dass Defizite behoben



Landrat Theo Zellner

neuer Vizepräsident des Deutschen Landkreistags
Landrat Theo Zellner ist neuer Vizepräsident des Deutschen Landkreistags. Bei der jüngsten Hauptausschuss-Sitzung in Göhren-Lebbin, Landkreis Müritz, wurde der Präsident des Bayerischen Landkreistags einstimmig gewählt. Der frisch gebackene Vizepräsident dankte den Versammlungsteilnehmern für das ihm ausgesprochene Vertrauen. Dem Deutschen Landkreistag (DLT) gehören alle 323 Landkreise an. Präsident ist Landrat Hans Jörg Duppre, Südpfalz. Weitere Vizepräsidenten sind Landrat Dr. Edgar Wais, Reutlingen, Landrat Karl-Heinz Schröter, Oberhavel, und Landrat Alfred Jakoubek, Darmstadt-Dieburg. Letzterer wurde ebenfalls neu gewählt.

und Verbesserungen getätigt werden konnten.

Der Drachentöter

In Anspielung auf die Heiligenlegende des St. Georg formulierte Innenminister Dr. Günther Beckstein Sinnachers Verdienste bei dessen Verabschiedung als schwäbischer Bezirkstagspräsident im Oktober

wie folgt: „Die holde Königstochter, die er vor dem Drachen rettete, waren die bayerischen Bezirke.“ Sinnacher hat es geschafft, die bayerischen Bezirke zu sichern, ihre Entwicklung zu fördern und damit auch die Bedeutung der bayerischen Regionen in ihren Eigenheiten und Besonderheiten hervorzuheben. Dies ist sein bleibendes Verdienst. **DK**

KPV-Bundesvertreterversammlung in Halle:

Neuwahlen und Finanzkrise

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV), Peter Götz MdB, auf der Bundesvertreterversammlung in Halle an der Saale in seinem Amt bestätigt. Stellvertretender Bundesvorsitzender ist der bayerische KPV-Vorsitzende, Landrat Luitpold Braun. Zu weiteren Stellvertretern gewählt wurden Dr. Christean Wagner MdL, hessischer Justizminister, Jochen-Konrad Fromme MdB aus Niedersachsen, Hans Peter Lindlar MdL aus Nordrhein-Westfalen, Ursula Schadow aus Brandenburg, Dr. Heribert Gisch aus dem Saarland und Carola Stauche aus Thüringen. Die KPV Bayern ist bei den Beisitzern mit der Landtagsabgeordneten Ingrid Heckner sowie dem Mühldorfer Landrat Georg Huber vertreten.

Angesichts der sich weiter verschärfenden Finanzkrise der Kommunen verlangte die KPV-Bundesvertreterversammlung ein rasches und entschlossenes

Handeln aller politisch Verantwortlichen. „Die Kommunen erwarten von den zur Zeit im Vermittlungsausschuss zu behandelnden Reformvorhaben durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine dringende erforderliche finanzielle Entlastung bei den Ausgaben sowie spürbar verbesserte und verstetigte Einnahmen im Rahmen einer Gemeindefinanzreform“, so der einstimmige Beschluss der Kommunalpolitiker.

Umfassende Reform

„Seit Jahren fordern wir die rot-grüne Bundesregierung auf, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückzunehmen; dies ist kein Geschenk an die Kommunen, sondern es steht ihnen einfach zu“, bemerkte Bundesvorsitzender Peter Götz. Die Kommunalpolitiker der Union plädierten für eine umfassende und grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Um diese zu verwirklichen, sei es unerlässlich, eine in

sich schlüssige Reform des gesamten Kommunalfinanzsystems anzugehen. Dazu werde die KPV auf dem kommenden Parteitag in Leipzig Ende November ein Konzept vorlegen.

Grundlegende Leitsätze

Die Leitsätze zum Thema „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“ bildeten eine hervorragende Grundlage, um auch den Kommunen eine verlässliche wirtschaftskraftbezogene Einnahme aus der Einkommensteuer- und der Körperschaftsteuer zu verschaffen. Um ein echtes Band zwischen Bürgern, Wirtschaft und Kommunen zu erhalten, will die KPV der CDU und CSU Deutschlands kommunale Hebesätze auf die Anteile an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer anwenden. **DK**

SGK-Landesversammlung fordert:

Hilfe jetzt!

Kommunen brauchen durchgreifende Finanzreform OB Dr. Holzinger als Vorsitzender bestätigt

Einen Ausblick auf die „Kommunalpolitik nach der Reform der Gemeindefinanzen“ versuchte die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK) auf ihrer Landesversammlung in Schwandorf.

Nach Beiträgen von Bernd Scheelen, Vorsitzender des Arbeitskreises für Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion zum Stand der Gemeindefinanzreformdiskussion in Berlin und Franz Maget, Fraktionsvorsitzender der BayernSPD im Bayerischen Landtag, zu den Auswirkungen der Stoiberschen Sparpolitik auf die Kommunen führten die über 100 Kommunalpolitiker aus ganz Bayern eine lebhaft Diskussion über die die

sie bedrängenden Finanzprobleme. Weitere wichtige Teilaspekte beleuchteten im Verlauf der Diskussion Frieder Graffe, Sozialreferent der Landeshauptstadt München und Detlef Raphael, Geschäftsführer der Bundes-SGK mit ihren Beiträgen zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie Landtagsvizepräsident a.D. Dr. Helmut Ritzer zum Thema Bürokratieabbau und Verwaltungsreform. In einem Beschluss unter der Überschrift „Hilfe jetzt - (Fortsetzung auf Seite 2)



Wann folgt dem Demonstrieren endlich das Kopieren? Wir alle müssen die Aufgabe, staatliche und kommunale Ausgaben herunterzufahren, zu unserem eigenen Anliegen machen, meint die Vorzimmerperle. Oder wollen wir weiter so verfahren, wie es der Kabarettist Werner Finck einst aufs Korn nahm: „Ein Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“ **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite	
Sparkonzept nicht auf Kosten der Kommunen	2
GZ-Kolumne Hans Dorfner: Sparen und reformieren, um zu investieren	2
GZ Fachthemen:	
Kommunale Verkehrspolitik - ÖPNV	4 - 6
Subventionsabbau führt zu steigenden Preisen und Angebotsrückgang bei Bussen und Bahnen	4 - 5
Abfall - Umwelt - Recycling	8 - 11
Kommunalfahrzeuge - Winterdienst	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Am Podium: OB Dr. Ivo Holzinger und Bernd Scheelen, MdB.

Postretreibstück - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sparkonzept nicht auf Kosten der Kommunen

Eckdaten der Staatsregierung für 2,6 Milliarden Euro Einsparung
CSU erwartet „hartes Ringen“ - Opposition fürchtet „katastrophale Folgen“

Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber unter dem Leitgedanken „sparen, reformieren, investieren“ geht es für Landtag und Staatsregierung jetzt um das Sparen. Die dazu vom Kabinett beschlossenen Eckpunkte sehen für das kommende Jahr Ausgabenkürzungen um 10 % gleich 2,5 Milliarden Euro vor. Das ausgefeilte Konzept dafür wird von Finanzminister Prof. Kurt Faltthäuser Ende Januar im Nachtragshaushalts 2004 in Erster Lesung in das Parlament eingebracht. Vor dem Hintergrund heftiger Proteste und Demonstrationen von Studenten und Professoren über Eltern, Lehrer und soziale Organisationen bis zu den Kommunen hat sich die CSU-Fraktion bei nur einer Gegenstimme zu den Eckpunkten bekannt. Die Opposition warnte vor „katastrophalen Folgen“ beim Sparen nach der Methode Rasenmäher.

Sie werde es auch nicht geben, haben Ministerpräsident und Finanzministerin der CSU-Fraktion klargestellt. Die Einsparungen werden demnach so erzielt, dass - entsprechend der politischen Schwerpunkte und der nur langfristig zu verringenden Personalkosten - das Kultus(Schul-)ministerium, die Innere Verwaltung, Justiz- und Finanzressort jeweils 2,5 %, das Wissenschaftsministerium, die Staatsforstverwaltung, das Sozialressort, die Allgemeine Finanzverwaltung und die Staatskanzlei je 10% sowie Wirtschaftsministerium, Umwelt- und Gesundheitsministerium, Landwirtschaft und Oberste Baubehörde des Innenministeriums je 20% abzugeben haben. Das soll, wie Faltthäuser auch der Presse vorrechnete 1,8 Milliarden Euro bringen. Die restlichen 700 Millionen Euro will er durch Einzug von Ausgaberechten und die Auflösung staatlicher Fonds einsparen.

Hartes Ringen

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann sprach von „hartem Ringen“ und einem „schwierigem Prozess“, der in der Fraktionsklausur Mitte Januar abgeschlossen werden soll. Faltthäuser kündigte Gespräche mit allen betroffenen Organisationen und Verbänden einschließlich der kommunalen Spitzenverbände an. Auf Kabinettsebene will er mit jedem Minister einzeln verhandeln. Stoiber erklärte, dieser Sparkurs „ist notwendig und ohne Alternative“ angesichts weiter sinkender Steuereinnahmen des Staates und der Kommunen. Dafür trage die rot-grüne Bundesregierung die Hauptverantwortung. Nur mit entschlossenen Reformen, sei die jetzige Tendenz zu wen-

den. Zum eigenen Sparkonzept betonte Faltthäuser, die Überzeugung des Kabinetts, „dass wir am Ende der Legislaturperiode (2008) mit Zufriedenheit auf diesen Kraftakt zurückschauen werden“. Die Sparquote solle auf 15% ausgeweitet werden. Gleichwohl halte er am Ziel fest, ab 2006 zum Ausgleich des Staatshaushalts keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Die Opposition befürchtet ein Sparen auf Kosten insbesondere der Kommunen, wie es SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget zusammenfasste.

Effektive Entlastung

Die Situation der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke war dann auch Gegenstand von Dringlichkeitsanträgen aller drei Fraktionen in der ersten Arbeitssitzung des neuen Landtags. Die CSU forderte die Staatsregierung auf, weiterhin auf eine effektive Ausgabenentlastung der Kommunen zu drängen. Dazu müsse eine Absenkung der Sozialleistungsstandards ebenso erfolgen wie eine vollständige Aufhebung des Grundversicherungsgesetzes. Auch bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe dürften den Kommunen keine finanziellen Nachteile entstehen.

Sofortprogramm erzwingen

Beim Bund soll die Staatsregierung darauf drängen, dass das vom Bundesrat beschlossene Sofortprogramm auch im Rahmen der Vermittlungsverhandlungen zur Gemeindefinanzreform durchgesetzt werde.

Die SPD formulierte, „die 10-prozentige Sparankündigung des Ministerpräsidenten darf keinesfalls für die Kommunen gelten“.

Der Freistaat solle die Schlüsselzuweisungen erhöhen, die von den Kommunen zu leistende Solidarumlage für die deutsche Einheit verringern, ebenso die Gewerbesteuerumlage wie im Reformgesetz im Bundestag beschlossen, die Ausgleichsmasse für die überörtliche Sozialhilfe erhöhen, die Bedarfszuweisungen aufstocken und die Personalkostenzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen bzw. diese Schulen verstaatlichen. Helga Schmitt-Bussinger, die stellvertretende Vorsitzende des Kommunalausschusses, warf der Staatsregierung vor, nur die Verantwortung des Bundes zu sehen und nicht bereit zu sein, das zu tun, was sie selber könne.

Senkung der Gewerbesteuerumlage

Die Grünen forderten ganz ähnlich die dauerhafte Senkung der Gewerbesteuerumlage ab 2004, die Reform des Finanzausgleichs, Erhöhung der Schlüsselmasse, auch der Ausgleichsmasse für die Bezirke, den Kommunen entsprechend des Konnexitätsprinzips die Schulkosten abzunehmen, das Steuerfindungsrecht der Kommunen zu stärken und die Reform der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Betriebssteuer nicht zu blockieren. Christine Kamm ermahnte die Staatsregierung zu konstruktiver Mitarbeit im Bundesrat. Dem SPD-Antrag stimmte sie zu, ausgenommen die Herabsetzung oder Streichung der Solidarumlage.

Fairer Partner

Finanzstaatssekretär Franz Meyer versicherte, die Staatsregierung sei und bleibe „ein fairer Partner für die Kommunen“ und habe immer für ihre „angemessene Finanzausstattung“ gesorgt. Primäres Ziel bleibe, die „originären Einnahmen“ der Kom-

munen wieder zu steigern und sie verlässlich zu machen: Das gelänge, wenn das von Bayern im Bundesrat eingebrachte Sofortprogramm umgesetzt würde. Es ergäbe für Bayerns Gemeinden 2004 Verbesserungen von rund 550 Millionen Euro, davon rund 400 Millionen Euro durch Senkung der Gewerbesteuerum-

lage. So könnte die Zeit bis zum Anlaufen einer grundlegenden Gemeindefinanzreform überbrückt werden.

Folge rot-grüner Politik

Meyer stellte die unstreitigen Nöte der Kommunen in Beziehung zu denen des Staates als Folge der rot-grünen Bundespolitik. Er verwies auf das 2,5-Milliarden-Sparkonzept, das nicht nach Methode Rasenmäher um-

mit solchen Bündelungsfunktionen einher gehen, gerecht zu werden.

Anstelle der zergliederten Fachzuständigkeiten sollen Bürger und Wirtschaft künftig einheitliche Anlaufstellen mit kurzen Wegen und überschaubaren, weil integrierten Entscheidungen, erhalten. Diese Verwaltungsreform, dessen bin ich mir sicher, wird auch unsere Städte und Gemeinden stärken, finden sie doch künftig im Landratsamt für ihre Anliegen einen Ansprechpartner. Dies bedingt allerdings auch eine sinnvolle Funktionalreform, die Aufgabenzuständigkeiten und Aufgabenverlagerungen bis hin zu den Gemeinden vorsehen muss.

Die Kommunen sind also durchaus zur konstruktiven Mitarbeit und zur Übernahme neuer Verantwortungen bereit, vorausgesetzt, dass ihnen auch die zur Aufgabenerledigung erforderlichen finanziellen Mittel an die Hand gegeben werden.

Natürlich werden viele Vorschläge in unseren Kommunen nicht nur auf Begeisterung stoßen, Skepsis und sogar Unverständnis dürften gerade in der Anfangsphase die Begleiter der Reform sein. Ich wage trotzdem die Prognose einer hohen Veränderungsbereitschaft, weil das Ziel ein lohnendes ist. Dies wiederum kann nur dann der Fall sein, wenn am Ende nicht mehr Zentralität sondern ein Mehr an Dezentralität erreicht wird. So darf die Reform keinesfalls dazu führen, dass beispielsweise durch Auflösung von Außenstellen von Finanzämtern oder Gerichten das flache Land seine da und dort noch vorhandene bescheidene Behördenpräsenz verliert und damit vollends ausgedünnt wird.

Reform kommt bekanntlich aus dem lateinischen und bedeutet nicht nur Umgestaltung oder Neuordnung. Mit dem Begriff verbindet sich auch „Verbesserung des Bestehenden“. Wer könnte, im wohlverstandenen Sinne, dagegen etwas haben?

Sparen und reformieren, um zu investieren

vorstellbar. Gleichwohl werden die Kommunen voll dabei sein. Daher sehe ich in einer Verwaltungsreform mit dem Ziel der Verschlingung der Verwaltungsebenen eine echte und realistische, ja durchaus auch willkommene Chance, eine moderne, straffe Behördenstruktur herbei zu führen, deren Prämisse es sein muss, die Einheit der Verwaltung und die Beschleunigung von Verwaltungsverfahren zu erreichen. Dies wird nur gelingen können, wenn Aufgaben und Zuständigkeiten auch tatsächlich nach „unten“ verlagert werden. Auch für obere und oberste Behörden darf es dabei kein Tabu geben. Der bewährte dreistufige Verwaltungsaufbau sowie die Einheit der Verwaltung auf der Kreisebene nach dem Grundsatz einer „bürgerfreundlichen Verwaltung aus einer Hand“ war von jeher eines der vom Bayerischen Landkreistag vertretenen Ziele. Die Eingliederung der Gesundheits- und Veterinärämter in die Landratsämter hat bewiesen, dass die untere Verwaltungsebene sehr wohl in der Lage ist, den organisatorischen und personellen Herausforderungen die

Hilfe jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform“ bekräftigte die Versammlung noch einmal ihre wichtigsten Forderungen an Berlin und an die Staatsregierung.

Vorstandswahlen

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde der bisherige Vorsitzende der SGK Bayern, der Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger in seinem Amt bestätigt. Neu als stellvertretende Vorsitzende wurde Bezirksrätin und Bürgermeisterin Eva-Maria Linsenbreder aus Kleinrinderfeld in Unterfranken gewählt. Ebenfalls neu in den Vorstand kamen Norbert Tessmer, 3. Bürgermeister der Stadt Coburg, Gerhard Steinberger, Fraktionsvorsitzender und SPD-Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr in Landshut, Volkmar Halbleib, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Würzburg-Land, Stadtrat Martin Hinterbrandner aus Augsburg sowie Stadträtin Ilka Soldner aus Nürnberg als Revisorin.

Resolution

In der anschließend verabschiedeten Resolution fordern die SPD-Kommunalpolitiker die Rückgewinnung der kommunalen Investitionstätigkeit. Die im

Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzreform, sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hält man hierbei für den richtigen Weg. Allerdings müsse es in Teilbereichen Verbesserungen geben, um die Leistungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig zu stärken. Dazu gehöre die Steuermeßzahl bei der Gewerbesteuer, die nicht unter 4 Punkte gesenkt werden dürfe. Die vorgesehene Stärkung und Verstärkung der bisherigen Gewerbesteuer und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die zusammen Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. € jährlich bringen sollen, seien dringend notwendig zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation.

Bei der SGK erwartet man durch die vorgesehene Übernahme der Finanzverantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten. Die Abschaffung der Gewerbesteuer oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit werden abgelehnt.

Die Bayerische Staatsregierung wird von den Sozialdemokraten aufgefordert, einer Gemeindefinanzreform zuzustimmen und im Vermittlungsausschuss keine parteipolitisch motivierte Blockadehaltung einzunehmen.

Zum 60. Geburtstag von Günther Beckstein:

Substanz statt Show

„Alter gibt nicht Verstand, es macht nur langsam gehen,“ heißt ein geflügeltes Wort. Dass dies in keinsten Weise für Kommunalminister Dr. Günther Beckstein, der am 23. November seinen 60. Geburtstag feierte, gilt, machte Ministerpräsident Stoiber bei einem Empfang in der Münchner Residenz deutlich: „Woche für Woche beweist du mir das Gegenteil dieses Sprichworts.“ Für den Politiker und den Menschen Günther Beckstein gehe es nicht um Schein, er sei ein Mann der Tat. Beckstein stehe für Substanz statt Show. Dies spürten die Bürgerinnen und Bürger. Auf den Innenminister könnten sich die Menschen verlassen.

Seit 1974 ist der gelernte Jurist Mitglied des Landtags. Von 1988 bis 1993 war er Staatssekretär im Innenministerium, seit 1993 fungiert er als verantwortlicher Minister, seit 2001 als Stellvertretender Ministerpräsident. In der Summe sei dies im kurzlebigen Geschäft der Politik eine ganz außergewöhnliche Kontinuität, wie Stoiber betonte.

Verbundenheit mit Franken

Neben der Verbundenheit mit seiner fränkischen Heimat wird Becksteins tiefe geistige Verwurzelung vor allem durch sein Engagement in der evangelischen Kirche deutlich. Der Einsatz Günther Becksteins für das Allgemeinwohl wurde früh geprägt im Christlichen Verein Junger Männer und in der evangelischen Jugendarbeit. Er selbst hat

diesen Umstand so formuliert: „Was mich als ganz jungen Menschen dazu gebracht hat, mich in der Kirche zu engagieren, das hat mich auch in die Politik gebracht und hält mich dort fest.“

Soziales Grundrecht

Dass Bayern aufgrund einer konsequenten Politik neben Baden-Württemberg seit Jahren das Land mit der geringsten Kriminalität ist, ist maßgeblich ein Erfolg des Innenministers. Für Günther Beckstein ist Innere Sicherheit ein soziales Grundrecht. Weit über Bayern hinaus hat er Maßstäbe für Deutschland gesetzt. Kommunalen Bedürfnissen stets aufgeschlossen, führte er die Sicherheitswacht ein - mittlerweile wird sie in anderen Ländern nachgeahmt. Auch der (Fortsetzung auf Seite 7)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Wilhelm Rochau
89431 Bächingen
am 20.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Franz Stangl
92703 Kummennaab
am 8.12.

Bürgermeister Hans Fuchs
94379 St. Englmar
am 9.12.

Bürgermeister Theo Rottmayer
85667 Oberpfarrmann
am 17.12.

Bürgermeister Josef Müller
84431 Heldenstein
am 21.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Hubert Eiring
97461 Hofheim i. Ufr.
am 12.12.

Landrat Reinhardt Glaubler
91301 Forchheim
am 14.12.

Bürgermeister Reinhold Stahl
97490 Poppenhausen
am 15.12.

Bürgermeister
Gerhard Steigerwald
63877 Sailauf
am 17.12.

Bürgermeister Josef Radler
97516 Oberschwarzach
am 19.12.

Bürgermeister Richard Krebs
97836 Bischbrunn
am 20.12.

Landrat Gebhard Kaiser
87518 Sonthofen
am 21.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Roland Grandel
89431 Bächingen a.d. Brenz
am 17.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Fredy Arnold
97294 Unterpleichfeld
am 12.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Franz-Xaver Eckl
94267 Prackenhach
am 8.12.

Bürgermeister Andreas Tillich
87764 Legau
am 10.12.

Bürgermeister
Roland Krieger
87772 Pfaffenhausen
am 22.12.

Wir haben zu wenige Kinder!

Die demografische Entwicklung lässt die Alarmlampen schrillen
Von Renate Dodell, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion

Neben der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ist die Tatsache, dass wir mit permanent niedrigen Geburtenraten zu wenig Nachwuchs in unserem Land haben, ursächlich für viele gravierende und langfristige Probleme. Jede Generation ist inzwischen in Deutschland um ein Drittel kleiner als die vorherige. Der Schrumpfungsprozess hat an Fahrt gewonnen und eine verhängnisvolle Eigendynamik entwickelt - es werden heute die Mädchen nicht mehr geboren, die morgen Mütter sein könnten!

Einige Auswirkungen dieser Entwicklung sind heute bereits deutlich spürbar, andere Konsequenzen werden wir erst in einigen Jahren konkret erleben. Aber eines ist klar: Betroffen sind alle in unserer Gesellschaft, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Kinder. Wir sitzen alle gemeinsam in diesem Zug und müssen deshalb gemeinsam die Weichen für die weitere Fahrt richtig stellen.

Aktive Familienpolitik

Deshalb müssen wir die Anliegen der Familien noch mehr als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe begreifen. Wir müssen alles daran setzen, um den Eltern das „JA“ zu Kindern in der Praxis zu erleichtern. Die Shell-Jugendstudie belegt eindringlich, dass unsere junge Generation sich zu Familie und Kindern bekennt. Angesichts der konkreten Rahmenbedingungen verflüchtigt sich dieser Wunsch dann im Alltagsleben aber leider oft sehr schnell.

Finanzielle Entlastung ...

Für eine aktive Familienpolitik ist es deshalb unverzichtbar, alle politischen Entscheidungen auf den Prüfstand der Familien-

verträglichkeit und -freundlichkeit zu stellen.

Zunehmend in Anspruch genommene Fürsorgeleistungen belegen, dass Kinder heute für manche Familie ein Armutsrisiko darstellen. Wer ein Kind erzieht, investiert im Durchschnitt etwa 250.000 Euro, bis aus diesem Kind ein eigenständiger Mensch und steuerzahlender Bürger geworden ist. Dies entspricht dem Wert einer schönen Eigentumswohnung - die sich manch anderer auch anstelle eines Kindes „leistet“. Deshalb sind wir gefordert, Familien gerade in ihrer aktiven Phase der Kindererziehung finanziell spürbar zu entlasten. Ansonsten droht hier eine erhebliche Schieflage im Vergleich mit Kinderlosen.

... bei Rente und Krankenversicherung

Die aktuellen Vorschläge der CSU, Erziehende mit Kindern bis zu 12 Jahren mit einem Kinderbonus von 50 Euro beim Rentenbeitrag zu entlasten und eine „Kinderrente“ von 130 Euro pro Kind im Alter zu gewähren, sind hierfür genau der richtige Weg. Sie entsprechen zudem der Mahnung des Bundesverfassungsgerichtes, die Ungleichgewichte

zwischen Versicherten mit und ohne Kinder innerhalb des Systems auszugleichen.

... bei der Steuer

Die Familienleistungen ausschließlich über das Steuersystem zu finanzieren, lehnen wir ab. Die elementare Bedeutung der Kinder für den Erhalt unseres Rentensystems würde verschleiert, das Problem würde anonymisiert und es besteht die Gefahr, dass in Zeiten knapper Haushalte die Leistungen schnell gekürzt werden.

Beitragsfreistellungen für Erziehende und Kinder im Bereich der Krankenversicherung sind ein weiterer Mosaikstein, um Familien konkret zu entlasten.

Alleinerziehenden helfen

Auch im Steuersystem müssen wir Kinder und Erziehungsleistung angemessen berücksichtigen. Mit hohem Respekt vor dem grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie gebe ich dennoch zu bedenken, ob das jetzige Modell des „Ehegattensplittings“ dieser Sicht hinreichend gerecht wird.

Frankreich - seit Jahren erfolgreich mit seiner „Bevölkerungspolitik“ - geht hier den Weg eines sogenannten Familienquotienten, der die Steuer nach der Anzahl der zu versorgenden Familienmitglieder splittet. Dies kommt auch Alleinerziehenden und zusammenlebenden Paaren mit Kindern stärker zugute. Das wäre auch

für uns eine Überlegung wert.

... durch das Familiengeld

Nach wie vor plädieren wir dafür, ein Familiengeld einzuführen, um jungen Paaren eine echte Wahlfreiheit zwischen ausschließlicher Familientätigkeit oder Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu gewährleisten. Damit würde auch die Erziehungsleistung der Eltern vom Staat stärker honoriert.

Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt

Derzeit sind in Bayern rund zwei Drittel der Frauen mit Kindern berufstätig. Aber immer mehr Frauen, vor allem qualifiziert ausgebildete, wollen gleichzeitig eine Familie gründen und in ihrem erlernten Beruf weiterarbeiten. Zudem wird die Wirtschaft künftig noch stärker auf die Frauen angewiesen sein, wenn aufgrund der demografischen Entwicklung das Arbeitskräftepotential schrumpft.

Mütter und Väter, die Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren möchten oder müssen, sind auf familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt angewiesen. Flexible Arbeitszeiten auch in Teilzeit, betriebliche

Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Telearbeitsplätze, berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen während der Erziehungsphasen und vieles mehr haben sich als positiver Wettbewerbsfaktor für Unternehmen herausgestellt. Sie sind für beide Seiten ein Gewinn.

Anhörungen der CSU-Landtagsfraktion haben gezeigt, dass wir Betriebe von Vorschriften entlasten müssen, so dass es ih-

in Bayern im Kindergartenbereich bereits ein ausgezeichnetes Angebot. Bei den Kleinkindern bis drei Jahren und bei den Schulkindern kann das Angebot jetzt mit den zusätzlichen Programmen der Bayerischen Staatsregierung bis 2006 um 30.000 neue Betreuungsplätze erweitert werden. Hier müssen wir allerdings auf die derzeit schwierige finanzielle Situation der Kommunen Rücksicht nehmen.

Familienfreundliche Gesellschaft

Die vielleicht wichtigste Handlungsnotwendigkeit aber betrifft uns alle ganz unmittelbar. Neben den Finanzen und der Vereinbarkeit mit dem Beruf hängt das „JA“ zum Kind entscheidend vom Lebensumfeld der Familien ab. Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung, Mutter-Kind-Gruppen, Familienzentren, Angenommensein in Gemeinde und Kirche bestimmen das „Wohlfühl-Klima“ für Familien.

Wenn heute jemand mit zwei Hunden leichter eine Wohnung bekommt als eine Familie mit zwei Kindern, stimmt etwas nicht mehr in unserer Gesellschaft. Wir müssen Kindern einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft einräumen. Jungen Paaren sollten wir offen sagen, dass Kinder hin und wieder Verzicht bedeuten und verantwortliche Erziehung viel Anstrengung und Kraft kostet. Andererseits sind Kinder die Verkörperung des privaten Glücks und Quelle von unendlich viel Freude. Sie sind Ausdruck von Optimismus und Glauben an die Zukunft. Sie sind unsere Zukunft. ☺



nen auch wirklich möglich ist, familienfreundlich zu sein.

Bedarfsorientierte Kinderbetreuung

Hand in Hand mit einer familienfreundlichen Arbeitswelt muss eine flexible und bedarfsorientierte Kinderbetreuung vom Kleinkind bis zum Schulkind angeboten werden. Dazu haben wir

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV):

Subventionsabbau führt zu steigenden Preisen und Angebotsrückgang bei Bussen und Bahnen

„Steinbrück und Koch verlassen politischen Konsens zur Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs und gefährden Wettbewerbsfähigkeit der Branche“

Massive Auswirkungen für die Fahrgäste von Bussen und Bahnen befürchtet der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) durch die Pläne zum Subventionsabbau, die die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück vorgeschlagen haben. Insgesamt sollen Eisenbahnen und öffentlicher Personenverkehr (ÖPV) mit mehr als zwei Milliarden Euro die Hauptlast der Kürzungen tragen.

Die Fahrpreise müssten in vielen Bereichen steigen, und das Verkehrsangebot könne nicht auf dem heutigen Quantitäts- und Qualitätsniveau beibehalten werden, erwartet VDV-Präsident Dipl.-Kfm. Günter Elste. „Geradezu verantwortungslos“ sei es, dem zur Bewältigung des dauerhaft wachsenden Verkehrsaufkommens notwendigen Umstieg auf Busse, Bahnen und Schienengüterverkehr durch die vorgeschlagenen Kürzungen massiv entgegen zu wirken. Damit würden die Risiken eines drohenden Verkehrskollapses weiter verschärft mit verheerenden Folgen für die Wirtschaftsstandorte sowie die Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in Deutschland.

Steigende Kostendeckung

Die Verkehrsunternehmen hätten, so Elste, in den letzten Jahren bereits beachtliche Leistungen zur Verringerung der finanziellen Zuwendungen erbracht und ihre Wirtschaftlichkeit wesentlich gesteigert. Der Kostendeckungsgrad sei in weniger als zehn Jahren von unter 60 Prozent auf über 70 Prozent gestiegen. Eine jetzt geplante einseitige

massive Kürzung der finanziellen Grundlagen der Eisenbahnen und des ÖPV, während die anderen Verkehrsträger an den Sparbemühungen nicht beteiligt würden, sei, wie der VDV-Präsident unterstreicht, völlig inakzeptabel.

Fahrgäste in der Region vor allem betroffen

Die Pläne würden an die Substanz der gesamten Branche gehen und die in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen der Angebotsqualität grundlegend in Frage stellen. Der heute - weltweit anerkannte - hohe Standard des Angebotes von Bussen und Bahnen in Deutschland und damit die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Branche könne so nicht gehalten werden. Es drohe ein Rückfall ins Mittelmaß.

Die so genannten Regionalisierungsmittel des Bundes sollen in drei Jahren um insgesamt mehr als 810 Millionen Euro gekürzt werden. Bei diesen Mitteln handle es sich, erläutert Elste, um keine klassische Subvention, sondern um Gelder, mit denen aus verkehrs-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Grün-

den Angebote im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) für die Bürger „eingekauft“ würden. Seit der Bahnreform 1993/94 sei das Angebot für die Kunden im Eisenbahnverkehr um mehr als 20 Prozent auf über 600 Millionen Zug-Kilometer gewachsen. Die Zahl der Fahrgäste im SPNV sei seitdem um etwa 27 Prozent und die Verkehrsleistung sogar um rund 30 Prozent auf über 38 Milliarden Personenkilometer gestiegen.

Massive Abbestellungen

Grundsätzlich seien die Regionalisierungsmittel zu erheblichen Teilen durch Verkehrsverträge der Aufgabenträger mit den jeweiligen Eisenbahnen langfristig gebunden. Also könnten die Kürzungen faktisch nur dort - zumeist bei den Verkehren in der Region - realisiert werden, wo noch Leistungen ausgeschrieben und bestellt werden sollen. Da die geplanten Einsparungen nicht allein durch Kostensenkungen im Wettbewerbsverfahren erzielt werden könnten, seien massive Abbestellungen von Verkehrsleistungen und damit Auswirkungen vor allem auch für die gerade neu in den Wettbewerbsmarkt erfolgreich eingetretenen regionalen Bahnen zu befürchten. Deutliche Verschlechterungen für die Fahrgäste in den Regionen wären die Folge. Außerdem würden die Kürzungen zu Lasten der aus den Regio-

nalisierungsmitteln finanzierten Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr mit Eisenbahnen, U-Bahnen, Stadt-, Straßenbahnen und Bussen gehen.

Reduzierung bei Rabatten

Die gesetzlichen Ausgleichs-

schaftlichen Interesse übernommene Verpflichtungen. Die Unternehmen dürften - schon aus verfassungsrechtlichen Gründen - nicht (gesetzlich) zur rabattierten oder kostenlosen Beförderung bestimmter Fahrgäste gezwungen werden, ohne einen finanziellen Ausgleich zu gewähren. Die Verkehrsunternehmen hätten schon mit ihren Erfolgen auf der Kosten- und Erlösseite in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass das finanzielle Gesamtvolumen der Ausgleichszahlungen für rabattierte Schülerbeförderungen stabil geblieben sei, obwohl der Anteil der Schüler und ihre Fahrten mit

jetzt von den Ministerpräsidenten geplanten zusätzlichen Kürzungen würde die Substanz der Verkehrsbedienungen im ländlichen Raum grundsätzlich aufs Spiel gesetzt. Die Kürzungsvorschläge beim Ausgleich für die kostenlose Beförderung Schwerbehinderter würden die Behinderten auf die Alternative des auch weiterhin von der Kfz-Steuer befreiten Pkw lenken.

Investitionsrückgang gefährdet Leistungsfähigkeit

Bei den Mitteln für Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur seien Kürzungen von 323



Mercedes-Benz-Stadtbusse sind jetzt als „Busbahn“ unterwegs

Im sächsischen Muldental bedienen drei Niederflur-Überland-Gelenkbusse vom Typ Mercedes-Benz Citaro GÜ mit außergewöhnlicher Ausstattung jetzt eine eingestellte Bahnverbindung. „Busbahn“ nennt der Betreiber, die REGIOBUS GmbH Mittweida, die neue Linienbus-Verbindung. Die neue „Busbahn“ verwöhnt seit Ende des vergangenen Jahres die Fahrgäste mit dem Komfort einer modernen Regionalbahn, verknüpft mit der Flexibilität eines Omnibusses.

und Erstattungsleistungen für die rabattierte Beförderung von Auszubildenden und für die kostenlose Beförderung schwer behinderter Menschen soll in drei Jahren um insgesamt 192 Millionen Euro gekürzt werden. Auch hier handele es sich, so Elste, nicht um Subventionen, sondern um Rechtsansprüche der Verkehrsunternehmen für im gemeinwirt-

Bussen und Bahnen prozentual weit stärker gestiegen seien als die der Gesamtbevölkerung. Eine bereits in Kraft getretene Änderung der Ausgleichsberechnung werde sich 2004 schon erheblich negativ in den Kassen der Verkehrsunternehmen auswirken mit der Folge deutlicher Angebotsreduzierungen und Fahrpreiserhöhungen. Durch die

Millionen Euro geplant. Dabei würden bereits bei den von der Bundesregierung vorgelegten Ansätzen des Bundeshaushaltes 2004 weniger Mittel vorgesehen. Eine zusätzliche Mittelkürzung in der vorgeschlagenen Größenordnung könne nur um den Preis sinkender Leistungsfähigkeit des Systems Schiene realisiert werden. Für die von allen Parteien

Projekt MOBINET erfolgreich abgeschlossen:

Steuerungssysteme organisieren Verkehr

Der Ausbau von Straßen ist gerade in Ballungsräumen nur noch begrenzt möglich. Bayern setzt deshalb auch auf Systeme zur intelligenten Verkehrssteuerung, um die vorhandenen Kapazitäten im Straßennetz noch besser zu nutzen.

Die aus dem erfolgreichen Projekt MOBINET im Ballungsraum München gewonnenen Ergebnisse werden auch einen wertvollen Beitrag zum Verkehrsmanagement während der Bundesgartenschau 2005 und der Fußballweltmeisterschaft 2006 leisten können. MOBINET ist ein jetzt abge-

schlossenes Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Es umfasst eine Vielzahl von neu entwickelten „Werkzeugen“, die dem Verkehrskollaps entgegenwirken. Dazu gehören etwa die Informationstafeln an den Autobahnen A 94 und A 8. Die Kraftfahrer sehen auf der A 94 vor dem Auto-

bahnkreuz München-Ost die Verkehrslage im Ballungsraum auf einer großen Grafiktafel angezeigt. So können sie sich rechtzeitig für die beste Route entscheiden. Auf der Stuttgarter Autobahn (A 8) befindet sich in Richtung München vor dem Autobahndreieck Eschenried eine neue Wegweisung mit wechselnden Textanzeigen. Sie leitet den Verkehr in Richtung München über den Autobahnring A 99 zur Anschlussstelle Ludwigsfeld, wenn die Münchner Verdstraße als Haupttroute überlastet ist. Ziel des Forschungsprojekts war, die Mobilität im Ballungsraum München mit verkehrstechnischen Lösungen zu verbessern. An MOBINET war ein Konsortium aus 26 Partnern sowie die Technische Universität beteiligt.

immer wieder proklamierte Stärkung der Schiene müsse die öffentliche Hand eine hinreichende und verlässliche Finanzierung gewährleisten.

Wesentlicher Produktionsfaktor

Dies gelte im Eisenbahnsektor, mehr als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen, in besonderen Maße für die Infrastruktur. Die Eisenbahninfrastruktur sei einer der wesentlichen Produktionsfaktoren der im Wettbewerb mit anderen Verkehrsträgern stehenden Eisenbahnverkehrsunternehmen und entscheide unmittelbar über deren Markterfolge. Eine zu erwartende schlechtere Qualität und mangelnde Kapazität des Netzes werde mehr Störungen und Verspätungen verursachen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Bahnen noch stärker beeinträchtigt, weil das Straßensystem von den Kürzungsvorschlägen nicht betroffen sei.

Qualität der Infrastruktur bei U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen nimmt ab

Nicht nur die Eisenbahnunternehmen, sondern auch der kommunale Verkehr mit U-Bahnen, Stadt-, Straßenbahnen und Bussen sei mit 60 Millionen Euro Kürzungen bei den Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) betroffen. Bereits in den letzten Jahren sei eine Tendenz zu erkennen gewesen, bei der Gestaltung der GVFG-Länderprogramme die Anteile des kommunalen Straßenbaus auf Kosten des ÖPNV zu erhöhen. Für den ÖPNV würden nicht selten nur noch 30 Prozent und weniger des insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzvolumens verbleiben. Gerade im Bereich der kommunalen Infrastruktur sei der Investitionsbedarf aber erheblich gestiegen. Es gebe einen steigenden Grunderneuerungsbedarf in den alten Ländern und einen nach wie vor hohen

Bedarf in den neuen Ländern zum Bau und Ausbau der kommunalen Schieneninfrastruktur. Etwa in Nordrhein-Westfalen würden bereits jetzt - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur noch angefangene und anfinanzierte GVFG-Projekte ausfinanziert. Dies bedeute, dass sich auch ohne die von den Ministerpräsidenten vorgeschlagenen weiteren Kürzungen des Finanzvolumens ein qualitativer Rückschritt des Gesamtsystems „kommunaler ÖPNV“ ergeben werde.

Mit ihren Vorstellungen zur Kürzung der Finanzmittel bei den Eisenbahnen und im öffentlichen Personenverkehr würden die Ministerpräsidenten, betont Elste, den politischen Konsens zur Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs verlassen. Gerade die einseitige Belastung ohne Einsparungen bei den anderen Verkehrsträgern würde die gesamte Branche im Wettbewerb um die Kunden massiv benachteiligen.

100 Tage neues Tarifsystem der DB AG:

Wiesheu zieht erstes positives Fazit

Erfahrungen bei Fernverkehrspreisen auch bei Nahverkehrstarif berücksichtigen

Vor 100 Tagen hat die DB AG ihr Preissystem für den Fernverkehr geändert. Aus Sicht von Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu war dies eindeutig der richtige Schritt. „Die neuen Tarife und insbesondere die Wiedereinführung der BahnCard 50 haben das Bahnfahren wieder attraktiver gemacht - gerade auch für die Wochenendpendler und Gelegenheitsfahrer“, resümierte der Minister. Allerdings befürchtet Wiesheu, dass das positive Echo durch die von der DB AG für Mitte Dezember angestrebte Preissteigerung im Nahverkehr konterkariert werden könnte. Er forderte deshalb die Bahn auf, von ihrem über vierprozentigen Erhöhungswunsch abzurücken. „Die Bahn hat bei den Fernverkehrspreisen ihre Lehren gezogen. Das sollte sie jetzt auch bei den Nahverkehrstarifen berücksichtigen!“ sagte Wiesheu, zumal im Nahverkehr zehnmal so viele Fahrgäste wie im Fernverkehr fahren.

Minister Wiesheu bezeichnete das Ansinnen der DB AG, die Preise im Schienenpersonennahverkehr ab dem 14. Dezember um 4,1 Prozent zu erhöhen, als „so nicht akzeptabel“. Der Aufschlag liege deutlich über der Teuerungsrate der beiden letzten Jahre, merkte der Minister an. Bayern würde die Verteuerung als Flächenland mit geringer Verbundabdeckung besonders treffen. Die DB AG laufe damit den Anstrengungen zuwider, mehr Fahrgäste von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Stolpe ist gefordert

Sollte die DB AG an ihren Plänen festhalten, müsse Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe eine fahrgastgerechte Entscheidung treffen, forderte der bayerische Verkehrsminister. Stolpe obliegt die Entscheidung über die Preiserhöhung, nachdem Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern aus dem Kreis der 16 Bundeslän-

der ausgesichert waren und ihr Veto gegen die Anhebung beim in dieser Sache koordinierenden Regierungspräsidium Darmstadt eingelegt hatten.

Positives Feedback

Mit den Änderungen im Fernverkehrs-Preissystem zum 1. August habe die DB AG laut Wiesheu dagegen das Ruder noch zeitgerecht herumgerissen. Mit Erfolg - wie die von der DB AG veröffentlichten Verkaufszahlen der letzten Monate belegten. Auch der Minister habe von den Fahrgästen ein positives Feedback bekommen. Beim „alten neuen Preissystem“ hätten viele noch ihren Unmut dem Ministerium mitgeteilt. Das sei, so Wiesheu, nach der neuerlichen Umstellung im Prinzip auf Null zurückgegangen. Durch die Wahlmöglichkeit zwischen der 50er- und der 25er-BahnCard hätten die Fahrgäste inzwischen mehr Flexibilität, und aufgrund der beibehaltenen degressiven Preisgestaltung würden unterm

Strich viele im Jahr billiger fahren als noch vor einem Jahr. „Die Bahn hat sich damit im Wettbewerb der Verkehrsträger neu und besser positioniert“, resümierte Wiesheu. Der Minister erinnerte aber, dass dies nur eine Baustelle sei: „Qualität, Service und Infrastruktur müssen ebenfalls zügig auf Vordermann gebracht werden!“

Verkehrsministerium stockt Busförderung auf

Nochmalige Finanzspritzen
Bayern stärkt den ÖPNV durch nochmalige Finanzspritzen. Das Verkehrsministerium stellte für den Kauf von Linienbussen in Niederbayern, Schwaben und der Oberpfalz zusätzlich 2,3 Millionen Euro zur Verfügung. Damit erhöht sich die Busförderung in diesen drei Bezirken in diesem Jahr auf rund 30 Millionen Euro. Mit den zusätzlichen Fördertranchen könne in den bayerischen Teilregionen die Busflotten moderner und das ÖPNV-Angebot noch attraktiver gemacht werden, betonte Bayerns Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu. Die Aufteilung der Fördergelder auf die Busunternehmen übernehmen die Bezirksregierungen.

Die Aufstockung der Förderquoten war möglich geworden, weil in anderen Regionen Bayerns Mittel nicht benötigt wurden. Insgesamt fördert das Bayerische Verkehrsministerium in diesem Jahr den Kauf von Linienomnibussen bayernweit mit 64,8 Millionen Euro.

Leipzig erwartet seine Gäste:

Internationaler Bahngipfel

Mehr als 400 internationale Experten von Bahn, Industrie und Politik
Im Mittelpunkt: Das europäische Leit- und Sicherungssystem

Europas Bahnen realisieren ihre Vision vom grenzenlosen Verkehr: Vom 10. bis 11. Dezember treffen sich in Leipzig Experten aus ganz Europa und diskutieren ihre Erfahrungen und Erwartungen an das europaweit verbindende ERTMS, das European Rail Traffic Management System. Den Kern von ERTMS bildet das Zugsicherungs- und Steuerungssystem ETCS (European Train Control System), das die Mobilfunkbasis GSM-R (Global System for Mobile Communication-Rail) voraussetzt.

Im Mittelpunkt der europäischen Tagung stehen Diskussionen zwischen Bahnen, der Industrie und der europäischen Politik über Stand und Qualität der Technik und der Verfügbarkeit des Systems. Veranstaltet wird der Kongress vom Internationalen Eisenbahnverband UIC, der seinen Sitz in

Paris hat. Die Deutschen Bahn AG begleitet die internationale Tagung organisatorisch.

Migrationsprozesse

Die nationalen Migrationsprozesse, d. h. den geordneten Wechsel der bisherigen nationalen Techniken in den laufenden

Eisenbahnbetrieb, ist neben der Finanzierung eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Mehr als 400 Gäste werden zu diesem Kongress in Leipzig erwartet.

Es weihnachtet sehr auf dem Bahnhof

Weihnachtsmärkte, Mal- und Bastelaktionen sowie Lichtinstallationen auf bundesweit über 90 Stationen

Pünktlich seit dem ersten Advent präsentieren sich über 90 deutsche Bahnhöfe in weihnachtlichem Glanz und laden zum Verweilen ein. In und an zwölf Stationen locken Weihnachtsmärkte zum Bummeln, Geschenke kaufen und Genießen. Zahlreiche Stände bieten Baumschmuck aus dem Erzgebirge, Holzspielzeug, Kerzen oder Glaskugeln. Dazu gibt es Glühwein, Crêpes und Bratäpfel sowie regionale Spezialitäten: Bratwürste in Nürnberg, Schmalzstullen in Hannover und Krapfen in Berlin.

Außerdem laden die Geschäfte in den Bahnhöfen zu zahlreichen weihnachtlichen Aktionen ein, unterstützt unter anderem von der Deutschen Bahn. Es warten attraktive Geschenke, lustige Spiele und spannende Verlosungen auf die ganze Familie. Darüber hinaus werden viele Bahnhöfe mit Lichtinstallationen weihnachtlich dekoriert.

Die Sängerin Jasmin Wagner ist die Schirmherrin einer Wunschzettel-Weihnachtsaktion. In 36 Bahnhöfen wird der Weihnachtsmann Wunschzettel von Kindern entgegennehmen. Für alle Kinder, die am Bahnhof den Wunschzettel gestalten wollen, gibt es eine Bastel- und Malecke.

Auf dem Streckennetz der Bahn, zwischen Jüterbog und Bitterfeld der Strecke Berlin – Leipzig, testet das Konsortium aus den Industriefirmen Siemens Verkehrstechnik und Alcatel die Tauglichkeit von ETCS unter den in Deutschland geltenden technischen und betrieblichen Bedingungen. Mit Geschwindigkeiten bis zu 200 Kilometer pro Stunde werden die Systeme erprobt, ein Tempo, das für das europäische Projekt ETCS beispielhaft ist.

Ausbau und die Sanierung der Schieneninfrastruktur:

Wiesheu fordert ungekürzte Mittelausstattung

Kürzungspläne des Bundes nicht akzeptabel

Der Bund kündigte kürzlich gegenüber der DB AG an, die jährlichen Bundeszuschüsse für die Schieneninfrastruktur von bisher 4,25 Mrd. Euro auf 3,43 Mrd. Euro ab 2004 zurückzuführen. Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu: „Das bedeutet eine Kürzung um rd. 800 Mio. € oder fast 20% bei Ausbau und Sanierung des Schienennetzes.“

Ein derartiger finanzieller Kahlschlag zu Lasten der Schiene sei nicht akzeptabel. Sollten die Pläne des Bundes Wirklichkeit werden, bedeute dies die nachhaltige Reduzierung von Schienenausbauprojekten in Deutschland, so Wiesheu. Bereits durch die Sanierung des Bestandsnetzes und die Fortführung laufender Ausbaumaßnahmen werden die reduzierten Mittel vollständig ausgeschöpft. „Für den Beginn neuer Ausbauprojekte wäre dann kein Geld da“, befürchtet der Verkehrsminister. Hinzu komme, dass der Bund die DB AG auf den Kostensteigerungen bei laufenden Großprojekten sitzen lassen wolle. Damit würde die Kostenexplosion bei Berliner Großprojekten den Schienenausbau in Bayern und in ganz Deutschland zusätzlich bremsen. Der Bundesverkehrswegeplan wäre dann Makulatur, bevor er vom Bundestag beschlossen ist.

Der Freistaat Bayern hält an der termingerechten Umsetzung aller Ausbaumaßnahmen des Bundesverkehrswegeplans 2003 in Bayern fest. „Ein Abrücken von dieser Vorgabe würde die Gewichte in der Verkehrspolitik massiv zu Lasten der Schiene verändern und geradewegs in den Verkehrsinfarkt auf der Straße führen. Das dürfen wir dem Standort Deutschland nicht zumuten“, warnt Bayerns Verkehrsminister.

Ende Oktober wurde die DB AG vom Bund aufgefordert, ihre mittelfristige Finanzplanung zu überarbeiten und an die reduzierte Mittelausstattung anzupassen. Der Bahn fehle auf Grund dieser Vorgehensweise des Bundes jede Planungssicherheit. Rot-Grün fahre die Bahn auf's Abstellgleis, so Wiesheu. ☞

Bahn startet 2004 mit neuer Unternehmenskampagne

Mit einer neuen Unternehmens- und Leistungskampagne wird die Deutsche Bahn AG ab Januar 2004 auftreten. „Die Bahn macht mobil“ wird dabei der Leitgedanke sein, um die Bahn als führenden Mobilitäts- und Logistikdienstleister zu positionieren.

Der Konzern befördert täglich über 4,5 Millionen Menschen und setzt dafür Tag für Tag rund 30.000 Züge ein. Das Mobilitätsspektrum reicht mittlerweile jedoch weit über die Schiene hinaus und schließt die Reisekette mit Angeboten wie Reiseportal, Mietwagen, Carsharing bis hin zum Fahrradverleih ein. Daneben verfügt das Unternehmen als einzige Bahn

der Welt über ein komplettes Logistik-Angebot auf der Straße, der Schiene, zu Wasser und in der Luft.

Die neue Kampagne wird aber auch ein Signal nach innen an die rund 250.000 Mitarbeiter des Konzerns setzen, die den Kurs der Modernisierung konsequent weiterverfolgen – immer mit dem Ziel, die „beste Bahn“ für die Kunden zu werden. ☞

Kleine Überraschungen warten auf jeden, der seinen Wunschzettel dem Weihnachtsmann persönlich überreicht. Zusätzlich wird an jedem Bahnhof mit einer Wunschzettelaktion unter allen Teilnehmern eine Kamera verlost.

In einer Aktion auf 42 weiteren Bahnhöfen werden an den vier Adventswochenenden für kleine und große Kinder Gewinnspiele und Lego-Ausstellungen rund um das Thema Eisenbahn angeboten. Die Geschäfte und der Partner Lego verlosen auf diesen Stationen attraktive Preise im Wert von 400.000 Euro. Die Gewinner können sich über einen Familienausflug am Wochenende oder hochwertige Lego-Produkte freuen. ☞

Nichtraucherzüge im Regionalverkehr

DB Regio Bayern fährt mit allen Triebzügen rauchfrei

Bei 190 Dieseltriebzügen von DB Regio Bayern heißt es mit dem Fahrplanwechsel am 14. Dezember: Start in rauchfreie Zeiten. An allen Türen der Züge weisen die bekannten Piktogramme mit den durchgestrichenen Zigaretten auf diese Neuerung hin. Im Beisein von Bayerns Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltminister Dr. Werner Schnappauf begann die Bahn im Münchner Hauptbahnhof mit dem Anbringen der Nichtraucher Symbole. Nach einigen Testversuchen und nachdem sich bereits bei den elektrischen Triebzügen das Rauchverbot bewährt hat, dehnt die Bahn damit die Rauchfreiheit auf die gesamte Flotte der 443 Triebzüge (einschließlich S-Bahn-Züge) in Bayern aus.

Effektiver Nichtraucherchutz

„Wir möchten unseren Fahrgästen eine angenehme Fahrt bieten und dazu gehört heutzutage für die ganze große Mehrzahl unserer Reisenden auch das Rauchverbot“, sagte Klaus-Dieter Josel, der DB-Konzernbevollmächtigte für Bayern. „Wo an öffentlichen Plätzen oder in viel frequentierten Räumen Nichtraucher dem Rauch nicht ausweichen können, brauchen wir einen effektiven Nichtraucherschutz. Diesen Weg für mehr Gesundheit müssen wir weiter gehen“, betonte Schnappauf. Auch Passivrauchen ist gesundheitsgefährdend. Tabakrauch führt zu einer erheblichen Schadstoffbelastung von Innenräumen.

Ein weiterer Grund für das Rauchverbot besteht in der an-

Silberling ade!

Abschied vom Nahverkehr der Vergangenheit

Neuer Verkehrsvertrag regelt Fahrzeuginvestitionen in Höhe von 670 Millionen Euro

Regensburg/München. Der alte „Silberling“, ein Nahverkehrswagen aus den 60er Jahren, ist in Bayern am Ende seines Laufweges angelangt. Die Bahn verabschiedete ihn zur letzten Fahrt.

Der Silberling verkörperte in den vergangenen Jahren die mangelnde Attraktivität des Regionalverkehrs. Erst im Zuge der Bahnreform wurden seit Mitte der 90er Jahre moderne Fahrzeuge beschafft, die an seine Stelle traten. In Bayern hat DB Regio bereits über 500 neue Fahrzeuge, darunter elektrische und Dieseltriebzüge sowie Doppelstockwagen zum Einsatz gebracht. Mit dem neuen Verkehrsvertrag, der DB Regio langfristige Planungssicherheit auf bestimmten Strecken in Bayern bietet, kann ein nochmaliger großer Investitionsschub in Gang gesetzt werden. 670 Millionen Euro will die Bahn ausgeben, um die Zugflotte in Bayern vollständig rund zu erneuern.

haltend starken Verschmutzung und in Vandalismusschäden, beispielsweise durch Brandlöcher in den Sitzen. Die Befragung von Reisenden zeigte, das selbst unter den Rauchern die überwältigende Mehrheit ein Rauchverbot bejaht. „Danke, dass Sie hier nicht rauchen!“ – heißt es auf Aufklebern in den Zügen. Dieses Motto ist Teil einer umfangreichen Informationskampagne. „Wir werden unsere Fahrgäste über Plakataushänge an den Bahnhöfen, Lautsprecherdurchsagen in den Zügen und Hinweise in den Fahrplanunterlagen informieren“, sagte Berthold Huber, Vorsitzender der Regionalleitung DB Regio Bayern. Auf stark frequentierten Verbindungen setzt DB Regio längere Züge ein. Sie haben auch weiterhin Raucherbereiche.

Die Nichtraucherzüge verkehren in allen bayerischen Regionen teilweise auch abwechselnd mit lokbespannten Zügen. Im vergangenen Jahr hatte die Bahn bundesweit rund 70 größere Bahnhöfe rauchfrei gemacht. ☞

Nahverkehr geprägt

Josef Hofmann, Leiter des Regionalverkehrs Ostbayern, sagte bei der Verabschiedung des letzten Silberlings: „Sie haben lange den Nahverkehr geprägt. Sie wurden dabei Teil des früher schlechten Images des Nahverkehrs. Nun hat der letzte alte Silberling in Bayern ausgedient. Der Weg für moderne Fahrzeuge ist frei.“

Außen unlackiertes Aluminium, innen dunkelrotes Kunstleder – mit diesen Merkmalen lief der Silberling in den 60er und 70er Jahren vom Band. Mit 28,5 Tonnen war er damals ein fortschrittliches Leichtgewicht unter den Schienenfahrzeugen. Er verfügte über 96 Sitzplätze und erwies sich weit über die prognostizierte Lebensdauer von 25 Jahren hinaus als zuverlässiges Fahrzeug.

Ehrgeizige Pläne

Bereits ab Anfang der 90er Jahre ließ die Bahn eine Reihe alter Silberling-Wagen überarbeiten und im Innenraum neu ausstatten. Diese Fahrzeuge verkehren weiterhin bis Ende des Jahrzehnts. Heute verfügt DB Regio Bayern über rund 300 Lokomotiven, rund 1250 Reisezugwagen und 511 Triebzüge.

Josef Hofmann: „Unser Ziel ist, das Durchschnittsalter unserer Züge auf unter 10 Jahre zu reduzieren. Das ist für Eisenbahnverhältnisse ein sehr ehrgeiziger Wert und andere Bahnen müssen sich anstrengen, um dabei mithalten zu können.“

Nach der Verabschiedung in Regensburg ging die letzte Fahrt des alten Silberlings auf's Abstellgleis. Zurück bleibt Eisenbahnostalgie. Auch sie hat ihre Berechtigung. Deswegen hält die SüdOstBayernBahn weiterhin zwei originale Silberlinge am laufen. ☞

Neue Sendereihe „Dialekte in Bayern“:

Eintauchen in mediale Sprachwelten

GZ-Interview mit BR-Redaktionsleiter Dr. Michael Zehetmair

Seit es Sprache gibt, gibt es auch Dialekte. Bis heute drücken sie ein Gefühl von Heimat aus, vermitteln Identität und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region oder gar einem bestimmten Ort. Bairisch, fränkisch und schwäbisch - das sind die drei Dialektgruppen in Bayern. Ihnen ist die Sendereihe „Dialekte in Bayern“ gewidmet, die in Zusammenarbeit der Redaktion Hochschulen und Weiterbildung des Bayerischen Rundfunks mit den renommiertesten Dialektforschern aller bayerischen Universitäten entstand. Was es mit dieser Entdeckungsreise durch den Freistaat auf sich hat, untersuchte GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Gespräch mit dem Leiter der BR-Redaktion, Dr. Michael Zehetmair.

GZ: Was hat Sie und Ihre Redaktion bewegt, die Sendereihe „Dialekte in Bayern“ ins Leben zu rufen?

Zehetmair: Sprache ist eines der wichtigsten Kulturgüter. Deshalb erschien es uns wichtig, aufzuzeigen, welche Dialekte im Jahr 2003 in Bayern mit seinen 12 Millionen Einwohnern existieren. Das Thema war schon deshalb zunächst offensichtlich, weil Bayern weltweit eines jener Gebiete mit der größten Vielfalt an Dialekten ist. Vor diesem Hintergrund hat die Redaktion vor etwa einem Jahr damit begonnen, mit herausragenden Sprachforschern der Universitäten Augsburg, Passau, Würzburg, Regensburg und Wien sowie der Akademie der Wissenschaften in München Gespräche zu führen. Das Ergebnis ist eine zehnteilige Reihe, die am 14. November ihren Anfang genommen hat.

GZ: Worum ging es in der ersten Folge?

Zehetmair: Das Thema der halbstündigen Sendung lautete: „Echt bayerisch - Mundarten im Freistaat“. Wir wollten darin aufzeigen, was der Dialekt eigentlich darstellt. Tatsache ist, dass er in jedem Fall schwer zu fassen ist und sich keiner der Wissenschaftler letztlich an eine Definition herantraut. Wir erfassen den Dialekt in der Sendung aber trotzdem als etwas Individuelles, Lebendiges, etwas, das sich in die Zukunft hinein entwickelt. Wir haben beispielsweise einen Tierarzt in der Oberpfalz in verschiedenen Gesprächssituationen beobachtet und dabei festgestellt, dass er sich dem jeweiligen Diskussionspartner dialektisch angepasst hat. Der Zuschauer kann sich auf diese Weise selbst ein Bild davon verschaffen, wie er Dia-

lekt empfindet. Dies soll die Quintessenz der Sendereihe sein.

GZ: Allein aus der Sprachmelodie ist doch bereits zu erkennen, woher jemand kommt. Das ist aber dann nach ihrer Definition nicht gesprochener Dialekt?

Zehetmair: Es steht mir nicht zu, dies puristisch zu definieren. Die Definition, die wir - wissenschaftlich unterstützt - treffen, ist, dass sich Dialekt im ständigen Prozess entwickelt und beispielsweise Anglizismen zum Teil eingestreut und Jahre bzw. Jahrzehnte später wieder abgelegt werden. Dies ist auch innerhalb wechselnder Generationen zu beobachten. In einer der Sendungen stellen wir Familien vor, in denen drei verschiedene Generationen unter einem Dach leben mit drei verschiedenen individuellen Ausprägungen des Dialekts - eine faszinierende Sache.

GZ: Es könnte doch auch sein, dass diese Sendereihe jungen Menschen eine Chance bietet, sich wieder deutlicher zum Dialekt zu bekennen. Früher war es doch so, dass er in der Schule tabuisiert wurde. Wie geht man jetzt mit den Lehrern um? Befindet man sich hier nicht in einem Dilemma?

Zehetmair: Das Thema „Dialekt und Schule“ wird in Folge 9 am 13. Februar 2004 behandelt. Wir waren bei Dreharbeiten in einer Grundschule bei Oberviechtach in der Oberpfalz. Dort wird ein vom bayerischen Kultusministerium gefördertes Modellprojekt durchgeführt - eines von bayernweit etwa einem Dutzend -, in dem Lehrer den Schülern im Unterricht ganz be-

wusst die bayerische Sprache beibringen. Insgesamt haben wir vom Kultusministerium eine positive Unterstützung erfahren. Erst vor kurzem hat Ministerin Hohlmeier ein Papier vorgelegt, in dem sie mit Blick auf die BR-Sendereihe darauf hinweist, wie wichtig Dialekt ist. Gerade heute sprechen Wissenschaftler wieder vermehrt von einem gewissen Trend zur Mehrsprachigkeit, d.h. sowohl den Dialekt als auch das gesprochene Hochdeutsch gleichberechtigt nebeneinander existieren zu lassen und entsprechend beides zu unterrichten.



Dr. Michael Zehetmair.

Damit eines klar ist: Es geht hier nicht um Konfrontation, sprich den Versuch, die bayerische gegen die hochdeutsche Sprache zu etablieren. Es ist vollkommen klar, dass letztere in Wort und Schrift wichtig ist.

GZ: In dem Thema steckt doch auch eine politische Brisanz - Stichwort globalisierte Welt?

Zehetmair: Diese Brisanz ist aber nicht so extrem vorhanden, wie sie von gewissen Medienwelten punktuell transportiert wird. Wir versuchen mit dieser Sendereihe dem Mythos entgegenzuwirken, Dialekt sei minderwertig. Umgekehrt wollen wir allerdings auch nicht den Eindruck erwecken, dass Dialekt etwas gänzlich Unverzichtbares ist. Wir wollen einfach den Ist-Zustand schildern.

GZ: Haben Sie tatsächlich nur eine Bestandsaufnahme vorgenommen oder verbinden Sie mit dieser Sendung nicht doch eine Botschaft?

Zehetmair: Eine Botschaft ist nicht unser journalistisches Ethos. Wir haben uns hier tunlichst zurückgehalten. Das Team hat eine Bestandsaufnahme versucht und das, was sich analytisch ergeben hat, entweder den Wissenschaftlern zur Schilderung überlassen oder an Beispielen aufgezeigt. Wir hoffen,

dass der Zuschauer dies positiv aufnimmt und sich seine eigene Meinung bildet.

GZ: Wie sieht das Klischee dialektaler Sprache aus?

Zehetmair: Zunächst wird sie, wie bereits erwähnt, als minderwertig in ihrer Außenwirkung angesehen - egal wer spricht. Dialekt ist etwas, was man nicht ernst nehmen muss. Im extremsten Fall sogar wird er als überflüssig, zum Aussterben verurteilt, betrachtet. Damit beschäftigt sich Folge 10 „Mediale Sprachwelten - Dialekt in Fernsehen, Rundfunk und Zeitung“ am 20. Februar 2004. Es ist relativ schwer, gegen das Klischee anzukommen, gerade vor dem realen Hintergrund, dass der Medienkonsum die Lebenswelt vieler Menschen bestimmt. Wenn es über einen langen Zeitraum im TV niemanden gibt, der normal Dialekt spricht, ohne gleichzeitig verspottet zu werden, ist eine Prägung da, die zum Klischee im Kopf führt. Ein vermeintlich geringeres soziales Ansehen, verbunden mit geringeren Karrierechancen, spielt ebenso eine Rolle wie die Begriffe hinterwäldlerisch, nicht weltgewandt, nicht international.

GZ: Wie umfassend wird dieses Thema von der Kommunalpolitik begleitet?

Zehetmair: Wir haben den Verband der Bayerischen Bezirke für diese Sendereihe miteingebunden. Er ist Partner. Generell konnten wir feststellen, dass Kommunalpolitiker den Dialekt gerne und situationsbezogen als Instrument nutzen. Ein Beispiel hierfür ist in Folge 4 am 12. Dezember dargestellt, wenn es um den Dialekt in der Oberpfalz geht. Nördlich von Regensburg haben wir mit einem Bürgermeister gedreht, der dafür bekannt ist, dass er Dialekt bewusst auch in seinen Ansprachen verwendet und dies auch kultiviert. Ansonsten hat sich die Redaktion ganz gezielt auf die kulturelle Dimension, die der Dialekt beinhaltet, konzentriert.

GZ: Was meinen Sie konkret mit kultureller Dimension?

Zehetmair: Sprache ist für mein Dafürhalten das wichtigste Kulturgut, das ein Volk zur Verfügung hat. Es wird ja nicht nur das Wort benutzt, sondern es geht auch um die Dimension, die ein Wort beinhaltet. Je vielfältiger eine Sprache ist, um so größer ist auch die kulturelle Vielfalt. „Vui zvui Gfui“, „Hendl“ oder „Kindl“ sind beispielsweise Ausdrücke, die typisch für das Mittelbairische sind, genauso wie „le“-Endungen die schwäbische Sprache deutlich kennzeichnen.

GZ: Welche Erkenntnisse konnten Sie hinsichtlich bayernweiter Unterschiede zwischen den einzelnen Dialekten in den drei Hauptgruppen bairisch, fränkisch und schwäbisch gewinnen?

Zehetmair: Unsere Beobachtung war, dass für ganz Bayern gesehen die Stadt-Land-Schere auseinandergeht. Es ist auch ein Unterschied zwischen München

und Nürnberg feststellbar. Nürnberg, so war mein Eindruck, sind stolzer auf ihren Dialekt als Münchner. Grundsätzlich ist Franken unserem Augenschein nach das Gebiet mit der größten Vielfalt, dem größten Herzblut und dem größten Bewusstsein für den eigenen Dialekt.

GZ: Neben der Sprache gibt es in Bayern viele andere kulturelle, regionaltypische Besonderheiten. Planen Sie weitere Sendungen, um all diese Perlen, die sich durch das

ganze Land ziehen, zu sammeln und darzustellen?

Zehetmair: Ja, das kann gut sein, ist aber noch nicht spruchreif. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren bereits eine Sendereihe über die Herrscher Bayerns und die Schauplätze der Geschichte in Bayern produziert. Letztere umfasste 25 Teile und lief von Januar bis September dieses Jahres. Wir haben also schon einige Bayernthemen aufgegriffen und denken daran, dies auch in Zukunft zu tun.



Hohe Auszeichnung für Beckstein

„Historisch und politisch notwendig, nannte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein in der Landesdelegiertentagung der Schlesier in Bayern die Ächtung von Vertreibungen. Beckstein forderte vor Delegierten aus ganz Bayern im vollbesetzten großen Saal des Kolping-Hospiz im mittelfränkischen Weißenburg einen offenen und ehrlichen Umgang mit der Geschichte. Wahrheit und Gerechtigkeit seien erforderlich als Schlüssel zur Versöhnung. Nötig sei „Reue bei allen Sündern“. Die Tagungsteilnehmer erhoben sich zu starkem Beifall, als der Minister mit dem „Schlesienschild“ ausgezeichnet wurde. Es ist die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Schlesien. Übergeben wurde sie vom Bundesvorsitzenden Rudi Pawelka (im Bild rechts). Zu den ersten Gratulanten für Beckstein (2. von links) gehörten der Oberbürgermeister von Weißenburg, Reinhard Schwirzer (2. von rechts), und der Landesvorsitzende der Schlesier in Bayern, Helmut Riedel (links). Bild: jdt-

Substanz statt Show ...

(Fortsetzung von Seite 2)
Schutz der Kinder gegen Gewalt liegt dem Minister besonders am Herzen.

Bahnbrechende Initiativen hat der CSU-Politiker auch für den Abbau der Regelungsdichte und insbesondere für ein einfacheres Baurecht vorangebracht. Seit 1994 sind fast ein Drittel aller Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden. Das eigene Zuhause konnte für tausende Familien schneller und günstiger Realität werden. Nicht weniger von bundesweiter Bedeutung sind die vielbeachteten Beiträge von Günther Beckstein zum Asyl- und Zuwanderungsrecht. Im Ton abwägend und verbindlich steht er

für mehr Integration und gegen die Überlastung der Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Ihm geht es um den Zusammenhalt und die Solidarität in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft. Auch das ist ein höchst soziales Anliegen.

Laut Edmund Stoiber zeigen all diese Beispiele, „dass Günther Beckstein nicht Meinungen hinterherläuft, sondern er vielmehr Meinungen bildet“. Der „echte Sechz'ger“ scheue nicht die harten Wahrheiten und zugleich sei er ein christlich-sozialer Politiker im besten Sinne des Wortes. Der Innenminister habe sein soziales Herz nie verloren, sondern immer am rechten Fleck. **DK**

150 Jahre „Ludwig-Süd-Nord-Bahn“

Feierlich wurde am 12. Oktober 1853 der letzte Abschnitt der ersten bayerischen Staatsbahnlinie eröffnet. Jetzt begibt die Eisenbahntrasse zwischen Lindau und Hof, die „Ludwig-Süd-Nord-Bahn“, benannt nach ihrem Auftraggeber König Ludwig, ihr 150-jähriges Jubiläum.

Mit 566 Kilometern Länge und der „Schiefe Ebene“ als technischem Höhepunkt zählt diese Strecke zu den legendären Bahnlinien Deutschlands. Sie führt von Lindau über Kempten, Augsburg, Nördlingen, Pleinfeld, Nürnberg und Bamberg weiter bis Hof.

Erhebliche Mängel in der königlichen Planung

Sie war die erste Bahn im Königreich Bayern, die nicht mit Geldern privater Investoren, sondern mit Geldern aus dem Staatshaushalt errichtet wurde. Die Bahn wurde von Ingenieuren und zehntausenden Arbeitern aus dem Boden gestampft und gilt als technisches Meisterwerk. Ihr berühmtester Abschnitt ist die Steiramppe „schiefe Ebene“ zwischen Neuenmarkt-Wirsberg und Marktchoragast in Oberfranken. Zwar hatten die Ingenieure und

Arbeiter Erstklassiges geleistet, jedoch zeigte die königliche Planung erhebliche Mängel, unter denen das Schienennetz im Freistaat noch heute leidet. Eine abenteuerliche Abfolge von Kurven und Steigungen sowie eine falsche Trassenwahl sorgten für wirtschaftlichen Misserfolg und eine Belastung des Staatshaushalts. Die Fahrt der Bahn ins Defizit nahm früh ihren Anfang.

Trotzdem wurde das Jubiläum „150 Jahre Ludwig-Süd-Nord-Bahn“ gebührend gefeiert. Die Deutsche Bahn lud zur Mitfahrt in vier Jubiläumszügen ein, von beiden Eckpunkten aus führen teils historische, teils moderne Züge in Richtung Nürnberg. Dort gab es in der DB-Werkstatt Gostenhof ein Eisenbahnfest mit einer Schau historischer Fahrzeuge, einer Foto- und Aquarellausstellung des DB-Museums, Musik und buntem Programm für Jung und Alt. **DK**

80 Besucher beim Nachbarschafts- und Mandatsträgertreffen

Einer guten Tradition folgend ließen sich auch heuer 80 Gäste über aktuelle Themen aus dem Industriepark Gendorf informieren. Die politische Prominenz wurde vertreten durch zahlreiche Bürgermeister aus dem Landkreis Altötting, Gemeinde- und Stadträte sowie MdB Stefan Mayer und MdL Ingrid Heckner. Verantwortliche der Kommunen- und Landkreisverwaltungen, kirchliche Würdenträger, Polizeibehörden, Vertreter von Institutionen und Vereinen sowie die Mandatsträger aus den Reihen der Gendorfer Mitarbeiter waren anwesend.

Werkleiter und InfraServ-Ge-

schaftsleiter Dr. Peter Sckuhr erläuterte eingangs die aktuellen Entwicklungen im Industriepark und bei InfraServ. Dr. Günther Blaschke und Godehard Mayer von der InfraServ-Business Unit ESHA informierten über die zu befürchtenden Auswirkungen der EU-Chemikalienpolitik.

Sckuhr berichtete über die erfolgreich abgeschlossenen Umstrukturierungsmaßnahmen und über die wirtschaftliche Lage des Dienstleisters: Vor allem die deutlich gesteigerten externen Aufträge gaben Anlass zu verhaltenem Optimismus. Mit gezielten Marketingmaßnahmen wolle man das Geschäft weiter beleben. **DK**

Alternative Finanzierungsformen in der Abfallwirtschaft:

Kommunkonditionen bei PPP-Modellen?

Von Dipl.-Kfm. Stefan H. Wedel

Das Einsammeln und Entsorgen von Abfällen als kommunale Pflichtaufgabe ist in Deutschland bei Kreisen bzw. Zweckverbänden und kreisfreien Städten organisiert. Vielfach bedienen sich die Gebietskörperschaften kommunaler Eigenbetriebe oder eines Erfüllungsgehilfen in Form eines Entsorgungunternehmers. Wesentliche Vorteile des privat beauftragten Aufgabenvollzugs können bekanntermaßen in der Schöpfung kaufmännischer Synergien liegen. Zudem bedienen privatwirtschaftliche Entsorgungsunternehmen häufig auch mehrere kommunale Aufgabenträger parallel und generieren daher entsprechende Economies of Scale und reduzierte fixe Stückkosten der Leistungserstellung.

Trotz unternehmerischer einkalkulierter Marge für die Leistungserstellung ist die externe Vergabe damit für die Gebietskörperschaft immer noch billiger, als wenn sie die Aufgabe selbst vollzieht. Kernaspekt ist aber, dass das privatwirtschaftliche Unternehmen sich bei Investitionen günstig refinanzieren kann, damit die Synergieeffekte der privaten Vergabe

sammenhang mit der Entgeltforfaitierung eingegangen wird, merklich rückläufig. Bei weitem nicht mehr alles, was bei dieser Besicherungsform politisch gewollt und kaufmännisch wünschenswert ist, wäre nach EU-Recht widerspruchlos durchsetzbar.

Schuldnerbezogener Kredit an nicht-öffentliche Adressen

Bei Krediten an nicht-öffentliche Stellen kalkulieren die Kreditinstitute in Deutschland die Zinskosten auf Basis sog. Eigenkapitalbindungs- und Risikokosten, die sich am Branchen- und Kreditnehmerausfallrisiko orientieren, also ratingabhängig kalkuliert werden.

Bei diesen Krediten stellen die Institute ihre Kreditentscheidung auf die Bonität des jeweiligen Kreditnehmers und die konkrete Besicherung ab. Von Kommunkonditionen sind die Finanzierungskosten daher weit entfernt und spiegeln das latente Insolvenzrisiko einer privatwirtschaftlichen Unternehmung wieder.

Projektfinanzierung

Einer ganz anderen Kostenkalkulation unterliegt das Modell der Projektfinanzierung. Hier ist eine Gesellschaft Kreditnehmerin, die allein für den Zweck der Umsetzung des jeweiligen Entsorgungsprojektes von einer Gebietskörperschaft und ggf. dem privaten Investor geschaffen wurde. Da Kreditinstitute bei einer Projektfinanzierung regelmäßig nicht die Gesellschafter an sich in die Haftung nehmen können, müssen bei ordentlichem Projektverlauf die Cash Flows der geschaffenen Gesellschaft die Schuldendienstleistungen der Finanzierungen abdecken können. Für die Finanzierungsentscheidung wird sich daher die Bank über die Analyse der Projektrisiken, der Managementabreden, der Schaffung einer Cash-Flow gestützten Finanzkonzeption und einer umfassenden Vertragsdokumentation der Finanzierungsentscheidung nähern.

Suboptimales Ergebnis

Als Folge der zu berücksichtigenden Risiken und dem konzeptionellen Aufwand einer Projektfinanzierung erhöhen sich die Zinskonditionen noch einmal wesentlich gegenüber einem schuldnerbezogenen Kredit. Ein suboptimales Ergebnis, denn im Optimum sollte ein Finanzierungsmodell das Einbinden eines spezialisierten externen Unternehmers und Investors mit den verbundenen Synergieeffekten und der Entlastung von kommunalem Haushalt und Verwaltung ermöglichen. Die Finanzierung sollte zudem beim Investor erfolgen und kommunale Konditionen sollten darstellbar sein. Ein Gordischer Knoten? Nein, denn ein Forfaitierungsmodell kann alle Aspekte kombinieren.

Entgeltforfaitierung: Finanzkonzept für PPP-Modelle

Bei dieser Finanzierungsform verkauft die privatwirtschaftliche Gesellschaft laufende Forderungen (Entgelte für Abfallmengen) an die Bank, die sie auf Grundlage eines Betreibervertrages über die Vertragslaufzeit von der Gebietskörperschaft fordert. Die Gesellschaft als Forderungsverkäuferin deckt ihren Finanzierungsbedarf durch den Forderungskaufpreis, der dem Barwert der verkauften Forderung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses entspricht und durch die Bank ausgezahlt wird. Der Forderungsverkauf erfolgt regresslos, d.h. das Bonitätsrisiko des Forderungsschuldners geht auf die Bank über. Die Gesellschaft haftet nach Gesetz nur für die Entstehung der verkauften Forderungen (Veritätshaftung). Für deren Erfüllbarkeit haftet er beim regresslosen Forderungsverkauf aufgrund der Übertragung des Bonitätsrisikos nicht.

Regressloser Forderungskauf

Aus Sicht der Bank handelt es sich bei einem regresslosen Forderungsverkauf um einen

treibervertrages manifestierende Ausfallrisiko der Bank schließt diese durch eine dreiseitige Ergänzungsabrede aus. Im Rahmen einer solchen Ergänzungsabrede vereinbaren die Bank, die Entsorgungsgesellschaft und die Gebietskörperschaft, dass die angekauften Entgelte während der Vertragslaufzeit durch die Gebietskörperschaft einwendungs- und einredefrei gezahlt werden. Für jeden Fall der Vertragsbeendigung übernimmt die Gebietskörperschaft die Pflichten des Betreibers aus dem Forderungskaufvertrag, also eventuelle Resttilgungen.

Die Gesamtkonstruktion ist aufgrund des in der Ergänzungsabrede festgeschriebenen Einwendungs- und Einredeverzichts den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen, stellt aber keine klassische Bürgschaft dar und wird nicht in den Bürgschaftsrahmen der Kommune eingerechnet.

Kommunale Besicherung versus EU-Notifizierung

Bei der EU-Notifizierung handelt es sich um ein Verfahren nach Artikel 87 ff. EG-Vertrag, wonach Bürgschaften und Garantien der öffentlichen Hand gemeinschaftsrechtswidrig sind, sofern sie als Beihilfen im Sinne von Artikel 87, Absatz 1 EG-Vertrag anzusehen sind und durch Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen und hierdurch den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen. Gemäß Artikel 88, Absatz 3 EG-Vertrag sind die Mitglieds-

Getrennterfassung von Verpackungen

Über Sachstand und Zukunftsfaktoren

In jüngster Zeit ist in der Öffentlichkeit intensiv über die Zukunft der Getrennterfassung von Verpackungen diskutiert worden. Wichtige Meilensteine waren dabei die Vorstellung des „Innovationsprogramms 2007“ des Dualen Systems, das eine Veränderung der heutigen Erfassungsstruktur für bestimmte Gebiete im Rahmen von Pilotversuchen überprüft, die Präsentation von Ergebnissen eines Sortierversuches der RWE Umwelt AG sowie verschiedene Medienberichte, die ein nahes Ende der Getrennterfassung in Deutschland vorhersagen.

Wie ist nun der tatsächliche Sachstand? Und welche Faktoren bestimmen überhaupt die Zukunft der Getrennterfassung von Verpackungen?

1. Die juristische / gesetzgeberische Ebene

Die Verpackungsverordnung sieht eine getrennte Sammlung und Sortierung von Verpackungsabfällen vor. Diese Getrennthaltung ist im Sinne der Produzentenverantwortung sinnvoll, um die Kosten für Sammlung, Sortierung und Verwertung verursachergerecht zu ermitteln und sie anschließend Herstellern und Vertriebern von Verpackungen anlasten zu können. Eine prinzipielle Aufgabe der Getrennterfassung würde somit auch eine Abkehr vom übergeordneten Prinzip der Produzentenverantwortung bedeuten, das aber nicht nur Grundlage der Verpackungsverordnung, sondern auch der europäischen und internationalen Umweltgesetzgebung ist.

Wichtig ist unter anderem der Hinweis auf die Europäische Verpackungsrichtlinie, die prinzipiell eine Getrennterfassung befürwortet und zudem zukünftig deutlich steigende Verwertungsquoten vorsieht, die mit einer Erfassung über eine Tonne bisher nicht erreicht werden können. Eine flächendeckende Aufgabe der Getrennterfassung in Deutschland ist vor dem Hintergrund europäischer Gesetzgebung daher nicht sinnvoll.

2. Die technische Ebene

In der Diskussion um eine eventuelle Aufgabe der Getrennterfassung steht ein Pilotversuch der RWE Umwelt AG im Mittelpunkt, in dem Hausmüll erfasst und anschließend Wertstoffe aussortiert wurden.

Der Pilotversuch wurde unter besonders günstigen Rahmenbedingungen durchgeführt, weil die Wertstoffe aus einem Hausmüllgemisch heraussortiert wurden, das spezielle Voraussetzungen erfüllte: So wurde Biomüll mit einem hohen Feuchtigkeitsgrad des Restmülls jahreszeitlich bedingt sehr niedrig. Insofern ist diese Versuchssituation nicht auf andere Regionen oder ganzjährige Verhältnisse übertragbar.

In Essen wurden unter diesen besonders günstigen Bedingungen rund 800 Tonnen sortiert. Diese Menge ist für eine aussagefähige Bewertung des Versuchs zu gering, weil zum einen die Betriebsdauer der Anlage für diese Sortierung nur kurz war und zum anderen nur geringe Wertstoffmengen aussortiert wurden.

In Essen wurde die tatsächliche Verwertbarkeit der aussortierten Fraktionen untersucht. Allerdings sind die Ergebnisse aufgrund der geringen Mengen nur begrenzt übertragbar. Ob die Quoten der Verpackungsverordnung in größerem Maßstab erreicht werden, bleibt vor allem deshalb zweifelhaft, weil der quotenrelevante Verpackungsanteil in der aus Restmüll erzeugten Wertstofffraktion nicht bekannt ist.

Ein Resultat des Versuchs war zudem, dass trotz der prinzipiellen Verwertbarkeit der Wertstoffe aufgrund der höheren Verschmutzung im Vergleich zur getrennten Erfassung mit höheren Kosten

bei der Verwertung zu rechnen ist. Daher stellt sich die Frage, ob eine großflächige Aufgabe der Getrennterfassung volkswirtschaftlich sinnvoll ist.

Insbesondere da, wo Kommunen im Hinblick auf die ab 2005 gültige Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) bereits Müllverbrennungsanlagen oder mechanisch-biologische Aufbereitungsanlagen besitzen, existiert keinerlei Investitionsanreiz für neue Sortieranlagen.

3. Die wirtschaftliche / finanzielle Ebene

In Medienberichten wird immer wieder vorgerechnet, dass pro Verbraucher rund 25 Euro pro Jahr eingespart werden könnten, wenn es kein Duales System mehr gäbe. Dies ist so nicht nachvollziehbar. Zwar kostet der Grüne Punkt den einzelnen Bürger in der Tat durchschnittlich 25 Euro im Jahr, eine Abschaffung des Dualen Systems hätte aber zur Folge, dass Verpackungen wieder in die graue Restmülltonne gegeben würden, die über die kommunalen Müllgebühren finanziert wird. Die Kommunen müssten diese erhöhte Leistung, nämlich rund 30 bis 50 Volumenprozent, über höhere Müllgebühren finanzieren. Auch wie im Falle einer gemeinsamen Erfassung die Kosten zwischen kommunalem Restmüll und Verpackungsabfällen aufgeteilt werden sollen, ist völlig ungeklärt.

Weil der Grüne Punkt zum Modell für Europa geworden ist und bislang 19 weitere Länder den Grünen Punkt eingeführt haben, ergeben sich hier, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, für den Anlagen- und Maschinenbau Exportchancen für moderne Sortier- und Verwertungstechnologie. Das Verpackungsrecycling beschäftigt in Deutschland derzeit rund 20.000 Menschen - Arbeitsplätze, die gefährdet wären, wenn die Getrennterfassung aufgegeben würde.

4. Die gesellschaftspolitische Ebene

Die Getrennterfassung von Verpackungen ist heute in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und wird aktiv unterstützt. Untersuchungen zeigen, dass rund neun von zehn Bundesbürgern ihren Hausmüll trennen - wie zahlreiche Umfragen zum persönlichen Umweltschutz zeigen, ist die Mülltrennung für viele Menschen der persönliche Beitrag zum Umweltschutz.

5. „Innovationsprogramm 2007“

Das Duale System wird auch künftig prinzipiell an der Getrennterfassung festhalten, die sich ganz überwiegend in der Bundesrepublik bewährt hat und von den Bürgern akzeptiert ist. Gleichwohl gibt es, vor allem in großstädtischen Ballungsräumen, Gebiete, in denen die getrennte Erfassung von Verpackungen von den Einwohnern nur unzureichend praktiziert wird.

Im Rahmen des „Innovationsprogramms 2007“ wird das Duale System mit Pilotversuchen klären, ob unter bestimmten Bedingungen in klar abgegrenzten Gebieten eine Modifizierung der bisherigen Erfassungsstruktur bzw. ein Einsatz neuer abfallwirtschaftlicher Verfahren sinnvoll sein könnte. Erste Ergebnisse dieser Pilotversuche sollen Ende 2004 vorliegen.



Stefan H. Wedel, Abteilungsleiter bei der Commerzbank AG Frankfurt im Zentralen Geschäftsfeld Corporate Banking, Zielkundenvertrieb Öffentlicher Sektor (s.wedel@commerzbank.com)

nicht durch unattraktive Kreditkonditionen kompensiert werden.

Notwendige Neuinvestitionen

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW/AbfG) sind hierzulande teils erhebliche Neuinvestitionen notwendig. Die Finanzierungskosten liegen regelmäßig über 50 Prozent der Gesamtinvestitionskosten im Entsorgungsbereich. Bei Langfristfinanzierungen machen sich bereits Zinssatzunterschiede „hinter dem Komma“ bei der Gesamtlaufzeit deutlich bemerkbar. Logische Konsequenz ist somit das Postulat: „Fremdvergabe ja, aber möglichst zu Kommunkonditionen beim Privaten!“

Kommunalverbürgter Kredit

Wenn aus übergeordneten Gründen die Gebietskörperschaft keine Investitionskredite über ihren Haushalt aufnehmen und diese an den privatwirtschaftlichen Entsorgungsträger durchreichen will oder kann, erfolgt üblicherweise die Überlegung der Kommunalbürgschaft zugunsten der Kredite des Entsorgungunternehmers. Der Markt der kommunal verbürgten Kredite ist auf Grund der EU-Regelungen zur Notifizierung, auf die später im Zu-

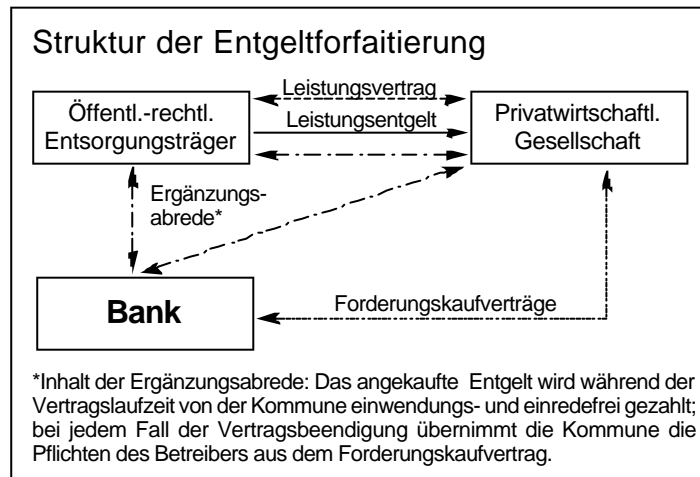


Abb.: Commerzbank AG, Frankfurt

Wechsel des Kreditnehmers vom Forderungsverkäufer auf den Forderungsschuldner. Dies bedeutet, dass die Bank aufgrund des Ankaufes von kommunalen Forderungen die Gebietskörperschaft als Kreditnehmer „in die Bücher“ nehmen kann. Um jedoch kommunalnahe Konditionen bei der Wahl des Abzinsungsfaktors für die Berechnung des Barwertes der Forderung gewähren zu können, muss sich die Bank gegenüber dem privatwirtschaftlichen Forderungsverkäufer absichern, um auch weitere Risiken im Rahmen der Finanzierung auszuschließen. Denn bei Störungen im Leistungsvertrag (Gewährleistungsrisiken) oder z.B. einer vorzeitigen ordentlichen Beendigung des Betreibervertrages wird sie wieder auf die Veritätshaftung des Forderungsverkäufers zurückgreifen müssen. Erst wenn sie unabhängig von diesem Risiko die Finanzierung kalkulieren kann, sind kommunalnahe Konditionen darstellbar.

Ergänzungsabrede

Dieses Finanzierungsmodell wird auch bei Entsorgungsgesellschaften angewandt, an denen sich die Gebietskörperschaft und ein privater Investor beteiligen. Das sich in einer vorzeitigen Beendigung des Be-

staaten verpflichtet, die Kommission von jeder beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig zu unterrichten, dass sie sich dazu äußern können, soweit nicht die Geringfügigkeitsgrenze („de-minimis“-Regel) unterschritten ist.

Verbindliche Aussage lässt auf sich warten

Die Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung der Gebietskörperschaft als kommunale Absicherung des PPP-Modells könnte daher grundsätzlich nach Art. 87, 88 EG-Vertrag von der EU zu genehmigen sein. Wird bei der Entgeltforfaitierung der durch die Einbindung der Gebietskörperschaft erzielte Vorteil allerdings über eine entsprechende Reduzierung des Entgeltes und dann letztlich über eine Anpassung der Abfallgebühren vollständig an den Bürger weitergegeben, ist ein Notifizierungserfordernis nicht gegeben, da keine Begünstigung eines Unternehmens mehr vorliegt.

Auf die Möglichkeit zur Forfaitierung muss dazu aber bereits in der Ausschreibung der Abfallmengen hingewiesen worden sein. Eine verbindliche Aussage der EU-Behörde zu diesem Problembereich lässt auf sich warten.

Öko-Power aus der Gelben Tonne

Neue Werbekampagne des Grünen Punkts startete im Oktober

Strom kommt aus der Steckdose - oder aus der Gelben Tonne. Die neue Werbekampagne des Grünen Punkts lenkt den Blick auf das Wesentliche: Im Mittelpunkt der TV-Spots und Anzeigen, die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, steht der Umweltnutzen des Verpackungsrecyclings. Überraschende Bilder und klare Worte machen deutlich, was das Engagement der Verbraucher bei der täglichen Abfalltrennung bewirkt.

Unter anderem konnten durch ihre Mithilfe im vergangenen Jahr 6,3 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie eingespart werden - so viel wie die Privathaushalte in München, Hamburg und Köln jedes Jahr an Strom verbrauchen. Das Motto der Kampagne lautet daher auch: „Danke. Grüner Punkt AG“. Die Gelbe Wertstofftonne

wird zum Energielieferanten, die Steckdose zum Sinnbild für das Potenzial des Grünen Punkts.

„Der Nutzen, den unsere Arbeit für Umwelt und Gesellschaft darstellt, wird durch die ungewöhnliche Inszenierung greifbar“, sagte Hans-Peter Repnik, Vorstandsvorsitzender des Grünen Punkts, im Rahmen

einer Pressekonferenz in Köln.

Die Gelbe Tonne sei ein starkes Symbol für die zuverlässige Leistung des Dualen Systems zu Gunsten des Ressourcenschutzes. Gleichzeitig stehe sie für das Zusammenspiel zwischen dem Grünen Punkt und den Verbrauchern.

Relevanz verdeutlichen

„Diese gewachsene Beziehung zu unserer Premiummarke wollen wir weiter stärken, indem wir unseren Grünen Punkt mit konkreten Leistungen positiv aufladen, und ihre Relevanz für die Umwelt verdeutlichen“, so Repnik. „Die Kampagne soll die Bevölkerung motivieren, sich auch künftig freiwillig an einer sorgfältigen Mülltrennung zu beteiligen, und gleichzeitig ihren Beitrag würdigen.“

eingehalten. Und nicht zuletzt werden dabei auch Entsorgungskosten eingespart. Quasi als wichtige Nebeneffekte steigt die Planungssicherheit und verbessert sich der Schutz der Arbeiter und Anwohner durch die vorherige Kenntnis der gefährlichen Gebäudeschadstoffe.

Kernthemen

Kernthemen der Arbeitshilfe sind die Beschreibung der einzelnen Verfahrensschritte vor dem Rückbau, Informationen über Erkundungsmethoden und Abtrenntechniken, Probennahme und Arbeitsschutz, aber auch Details zur bauwerksbezogenen Schadstofferkundung. Sie enthält auch einen Über-

Der neue Werbeauftritt ist Teil einer umfassenden Neuausrichtung und Modernisierungsstrategie des Dualen Systems und unterstreicht die Positionierung als Marktführer, der hinter dem Grünen Punkt und der Gelben Tonne steht. Daher sollen auch die ökologischen und ökonomischen Leistungen des Grünen Punkts offensiver dargestellt werden.

Im Rahmen des „Innovationskonzepts 2007“ verfolgt das Unternehmen das Ziel, die ökonomische und ökologische Effizienz des Verpackungsrecyclings weiter zu steigern, um den Verbrauchern an jedem Ort in Deutschland Entsorgungskomfort und -sicherheit zu günstigen Preisen bieten zu können. Repnik: „Um dies zu erreichen, konzentrieren wir uns auch in der Kommunikation auf unsere Stärken: die messbare Leistung des Unternehmens und die besondere Relevanz des Grünen Punkts für Bürger und Umwelt.“

blick der rechtlichen Rahmenbedingungen, eine Beschreibung wichtiger Schadstoffe und Hinweise zur Bewertung der Erkundungsergebnisse und zum Rückbau.

Im umfangreichen Anhang finden sich diverse Musterformblätter, Checklisten, Stoffdatenblätter, Musterbeispiele und Adressen sowie Internetlinks. Mit einem Flyer können sich zusätzlich Bauherren, Planer, Unternehmer schnell und auf einen Blick erste Hinweise zum kontrollierten Rückbau einholen.

Das LfU hat die Arbeitshilfe in Zusammenarbeit mit der LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg, erarbeitet.



Gemeinsam mit allen Preisträgern und den Gastgebern präsentierten sich die Stellvertreter des Netzwerkes UNSER LAND.

„Ökomanager des Jahres“ für UNSER LAND

Am 26. November 2003 verliehen der WWF, World Wide Fund For Natur, und das Wirtschaftsmagazin Capital dem Netzwerk UNSER LAND in Berlin die Auszeichnung „Ökomanager des Jahres“. Stolz ist gar kein Ausdruck für das, was die 17 Stellvertreter des Netzwerkes UNSER LAND fühlten, als sie bei der Preisverleihung auf der Bühne des Berliner Dorint Hotels Schweizer Hof standen. Gemeinsam waren alle aus den Regionen rund um München angereist. Jahrelanges Engagement zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter für die Idee und Umsetzung des Grundgedankens, die Lebensgrundlagen in den Regionen zu erhalten und zu verbessern wurde in der Landeshauptstadt offiziell mit dieser besonderen Auszeichnung gewürdigt.

„Ökomanager des Jahres“ - dahinter stehen Menschen, die ihre Zeit, ihren Einfallsreichtum und ihre Kompetenz in den Dienst eines gemeinsamen Ziels stellen: Regionale Strukturen zu stärken und auszubauen, um Arbeitsplätze zu schaffen, die wertvolle, bayerische Kulturlandschaft zu erhalten, die Umwelt zu schonen und den Wert des Lebensmittels wieder in das Bewusstsein der Verbraucher zu rücken.

Elsbeth Seiltz, 1. Vorsitzende des Dachvereins UNSER LAND sowie der Solidargemeinschaft BRÜCKER LAND, nahm den Preis für das Netzwerk entgegen. „Die Kombination der Auszeichnung ehrt uns besonders, weil sie sowohl unserem Ziel, die Lebensgrundlagen in den Regionen zu erhalten und zu verbessern, gilt als auch der wirtschaftlichen Seite der gesamten Idee. Wir freuen uns sehr.“

Abbruch - kein Problem?

LfU veröffentlicht neue Arbeitshilfe zur Erkundung, Bewertung und Entsorgung kontaminierter Bausubstanz

Mit der neuen Arbeitshilfe „Kontrollierter Rückbau: Kontaminierte Bausubstanz - Erkundung, Bewertung und Entsorgung“ gibt das Bayerische Landesamt für Umweltschutz (LfU) Hilfestellung, was im Vorfeld des Gebäuderückbaus zu beachten ist.

Bei einem kontrollierten Rückbau werden zunächst die Gebäude auf Schadstoffe untersucht. Die verschiedenen Baustoffe werden erfasst, bestimmte Abfallfraktionen und schadstoffhaltige Materialien vor dem Abbruch ausgebaut und anschließend getrennt entsorgt.

Bauabfälle verwerten

Ziel ist es, durch die weitgehend sortenreine Trennung der Baumaterialien einen möglichst hohen Anteil der Bauabfälle zu verwerten. Aufgrund der komplexen Schadstoffbelastung der Gebäudeteile, vor allem bei in-

dustriell/gewerblich bzw. militärisch genutzten Gebäuden mit längerer Nutzungsgeschichte, ist hier ein sorgfältiges Vorgehen entscheidend. In der Arbeitshilfe finden sich Informationen zur Erkundung von Schadstoffen, der Bewertung und der richtigen Entsorgung.

Allein in Bayern fallen jährlich rund 37 Millionen Tonnen Bauabfälle an. Mit einem kontrollierten Rückbau entsprechend der Arbeitshilfe können die anfallenden Bauschuttmassen minimiert werden. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft wird die Handlungsabfolge 'Vermeiden vor Verwerten vor Beseitigen'

VBS-Jahrestagung in Bamberg:

Wohin mit dem Gewerbeabfall?

Mit der Fragestellung „Gewerbeabfall - wohin?“ befasste sich die 30. Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) in Bamberg. Die Veranstaltung machte deutlich, dass aufgrund gesetzlicher Vorgaben auf EU- und Bundesebene sowie aktueller Grundsatzurteile des Europäischen Gerichtshofes mit erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Entsorgungswirtschaft zu rechnen ist, die zu einer massiven Verschiebung der Abfallströme führen werden.

Nur in wenigen Branchen hat sich in den vergangenen Jahren ein derart großer Wandel vollzogen wie in der Entsorgungswirtschaft. So wurden von den Podiumsteilnehmern Dr. Helmut Schnurer (Bundesumweltministerium) und Michael Duhnkrack (Bayerisches Ministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz) sowie dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft thermischer Abfallbehandlungsanlagen (ATAB), Horst Denk, vor allem neben möglichen Szenarien nach Auslaufen der Übergangsfristen der Techni-

schen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) ab Mitte 2005 und nach Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung, die seit 1. Januar 2003 in Kraft ist, auch Auswirkungen der EU-Osterweiterung diskutiert.

Sorgen und Bedenken

Die Sorgen und Bedenken seitens der privaten bayerischen Entsorgungswirtschaft trug der Präsident des Verbandes, Dipl.-Ing. Reinhard Büchl, vor. Die private bayerische Entsorgungswirtschaft ist in hohem Maße

auf die kommunalen Müllverbrennungsanlagen angewiesen. Die Befürchtung geht in die Richtung, dass die Kapazitäten bayerischer Müllverbrennungsanlagen spätestens ab 2005 auch für Abfälle aus anderen Bundesländern genutzt werden, die über nicht ausreichende Verbrennungskapazitäten verfügen.

In der Folge könnten kommunale Gebietskörperschaften dazu übergehen, den Gewerbeabfall aus ihren Satzungen auszuschließen, was wiederum die privaten Entsorger, die den Großteil der industriell-gewerblichen Abfallerzeuger bedienen, vor ein Entsorgungsproblem stellen würde.

Verwertungsstatus

Auch der Fortbestand des Verwertungsstatus' von Müllverbrennungsanlagen ist nach den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs fraglich, da in dem sog. Luxemburg-Urteil festgestellt wurde, dass in Müllverbrennungsanlagen grundsätzlich Abfälle eingesetzt werden, die der Beseitigung dienen. Die Andienung von energetisch verwertbaren Abfällen, wie sie im Gewerbeabfallbereich vor allem anfallen, müsste unter diesen Vorzei-

chen bei Müllverbrennungsanlagen neu überdacht werden.

Michael Duhnkrack und Horst Denk machten deutlich, dass auch in der Zeit nach 2005 die bayerischen Müllverbrennungsanlagen für bayerische Gewerbeabfälle zur energetischen Verwertung offen stehen werden.

VBS-Präsident Büchl wies vor rund 350 Tagungsteilnehmern darauf hin, dass der Verband und seine Mitglieder den Weg der Kooperation mit den kommunalen Anlagenbetreibern auch künftig suchen werden. Mülltourismus in Billigdeponien in die neuen EU-Beitrittsländer erteilte Büchl eine strikte Absage. Ortsnahe Entsorgung in den hochtechnisierten bayerischen Müllverbrennungsanlagen müsse das gemeinsame Anliegen von Ministerien, Kommunen und privaten Entsorgern, auch angesichts neuer Urteile und Verordnungen auf EU- und Bundesebene, bleiben.

Vorschlag Runder Tisch

Ein erfreuliches Ergebnis der Tagung war, dass alle Beteiligten ihren festen Willen zum Ausdruck brachten, nicht ungesteuert diese Entwicklungen auf sich zukommen zu lassen. Duhnkrack schlug spontan die Einberufung eines Runden Tisches vor, an dem die Kommunen, Betreiber von Müllverbrennungsanlagen und private Entsorger ihre Lösungsvorschläge einbringen sollten.

In der Mitgliederversammlung am Vortag standen die Wahlen zum Präsidium auf dem Programm. Reinhard Büchl (Büchl Entsorgungswirtschaft GmbH, Ingolstadt), der dem Verband seit neun Jahren als Präsident vorsteht, wurde erneut für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Harald Kirsch (Kirsch + Sohn GmbH, Gemünden) wurde als Vizepräsident ebenso wiedergewählt. DK

Was findet sich in der Restmülltonne?

LfU untersuchte Hausmüll auf Schadstoffe
Mehr Restmüll in Gebieten mit hoher Besiedlungsdichte

Eine bayernweite Studie des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz (LfU) zeigt: Die Restmülltonnen aus privaten Haushalten sind im Durchschnitt noch knapp zur Hälfte mit Wertstoffen gefüllt, vor allem mit Bio- und Gartenabfällen und Papier, Pappe, Kartonagen.

Wegen der Verschmutzung und aus hygienischen Gründen können diese Mengen jedoch nur bedingt verwertet werden. Die Zahlen variieren stark, je nachdem wie die Wertstoffe gesammelt werden, zentral an Wertstoffhöfen oder dezentral mit Wertstofftonnen. Auch die Besiedlungsdichte hat einen Einfluss darauf, was noch in der Restmülltonne zu finden ist.

Niedriger Schadstoffgehalt

So kann der Massenanteil der Wertstoffmengen im Restmüll zwischen 30 und 55 Prozent schwanken. In dicht besiedelten Gebieten wird der Müll schlechter getrennt und entsprechend ist hier das Restmüllaufkommen und die Menge an Wertstoffen in der Mülltonne höher. Erfreulich niedrig ist dagegen bayernweit der Gehalt an Schadstoffen - wie Schwermetalle und Dioxine - im Restmüll. Diese Schadstoffe werden vor allem durch langlebige Konsumgüter eingetragen.

Fünffährige Untersuchung

Für die Studie wurde in fünf Jahren der Müll von knapp 29.000 Bürgern in 15 bayerischen Landkreisen und Städten unmittelbar vor der regulären Müllabfuhr eingesammelt und genau unter die Lupe genommen.

Vorgehensweise

Der gesammelte Restmüll wurde zunächst in zwei Stufen maschinell abgesiebt (kleiner 10 mm und kleiner 40 mm) und der Siebüberlauf anschließend von Hand in 47 Stoffgruppen sortiert. Von den Sortierfraktionen entnahm das LfU über 300 Proben und untersuchte diese im Labor. Da der Müllanfall auch von der Jahreszeit abhängt, wiederholte das LfU die Sortierung, so dass in jedem Gebiet einmal im Sommer- und einmal im Winterhalbjahr der Restmüll untersucht wurde.

Anhand der Laborproben bestimmte das LfU für die einzelnen Stoffgruppen den Heizwert, Schwermetallgehalt und Gehalt an organischen Schadstoffen. Die meisten Schwermetalle wie Blei und Cadmium sind in langlebigen Konsumgütern konzentriert, werden also über Elektronikschrott, Lederprodukte, Kunststoffgegenstände oder Verbundmaterialien in den Müll eingetragen. Organische Schadstoffe finden sich dagegen vor allem in der Fraktion Leder, Gummi, Kork sowie in langlebigen Kunststoffartikeln und Holz. Hochrechnungen ergaben allerdings, dass die Schadstoffbelastung des Restmülls insgesamt in den vergangenen 10 bis 15 Jahren tendenziell abgenommen hat.

Zusammensetzung ermittelt

Aus den umfangreichen Daten ermittelte das LfU neben dem spezifischen Restmüllaufkommen in bayerischen Privathaushalten, dessen Zusammensetzung in verschiedenen abfallwirtschaftlichen und siedlungsspezifischen Strukturen auch diverse behälterspezifische Daten. Anhand dieser Ergebnisse lässt sich die erfolgreiche Einführung von Abfallwirtschaftskonzepten überprüfen. Darüber hinaus können mit der Studie auch Anlagen zur Abfallbehandlung und Entsorgung besser geplant und genauer am Bedarf ausgelegt werden.

Ministerielle Förderung

Das Bayerische Umweltministerium hat das Forschungsvorhaben „Zusammensetzung und Schadstoffgehalt von Siedlungsabfällen“ gefördert. Von dem Fördervolumen in Höhe von 0,7 Millionen Euro flossen mehr als 30 Prozent an kleinere mittelständische Unternehmen.

Alle Ergebnisse sind detailliert im Abschlussbericht des Forschungsvorhabens zusammengefasst. ☞

Ein neuer Anlauf zur Altdeponiefinanzierung

Gebührenfinanzierung kommt für 80 Prozent alter Müllkippen in Frage - Staat und Kommunen bilden Fonds

Einen Erfolg konnte der Bayerische Städtetag bei der schwierigen Finanzierung der Altdeponielasten verzeichnen. Das Bayerische Finanzministerium sagte zu, dass der Staat zunächst jährlich 5 Mio. Euro für die Sanierung alter gemeindlicher Müllkippen zur Verfügung stellen will. Bedingung des Freistaats ist, dass die Kommunen ebenfalls 5 Mio. Euro in den neu zu schaffenden Fonds einzahlen. Der Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder hat nach Abwägung der Vor- und Nachteile dem Fondsmodell zugestimmt.

50 Cent pro Einwohner

Der kommunale Anteil soll durch eine Umlage nach den geltenden Kriterien für die Kreisumlage ermittelt werden. Im Schnitt müssten die Kommunen ca. 50 Cent pro Einwohner und Jahr in den Fonds einzahlen. Umgekehrt sollen kreisangehörige Städte und Gemeinden gefördert werden, wenn sie alte Müllkippen sanieren müssen. Dies kann schnell einige Millionen Euro kosten.

Einen weiteren Erfolg konnte der Städtetag im Dialog mit dem Bayerischen Innenministerium erzielen: Dieses hatte sich lange Zeit einer Gebührenfinanzierung für alte Müllkippen verschlossen. Nunmehr wird zu-

mindest für die nach 1972 geschlossenen gemeindlichen Deponien eine Übertragung auf den Landkreis und die Refinanzierung der Sanierungskosten aus den aktuellen Müllgebühren für zulässig gehalten. Damit sind rund 80 Prozent der ca. 7.000 Altdeponien erfasst.

Der zu erwartende extrem hohe Mittelbedarf bei steigendem Sanierungsdruck und die rechtlichen Unterscheidungen nach dem Abschlussdatum der Deponie machen die Kombination beider Finanzierungsinstrumente, also von Gebührenmodell und Fonds, erforderlich.

Finanzielle Bewältigung

Die Einzelheiten für die gefundenen grundsätzlichen Regelungen sollen zwischen Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt werden. Anschließend wird das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet.

Mit der Einführung einer Gebührenfinanzierung könnte ein Großteil der anstehenden Sanierungspflichten kreisangehöriger Städte und Gemeinden finanziell bewältigt werden. Zugleich würde der gesetzgeberische Fehler gutgemacht, den Landkreisen die Aufgabe und die Gebührenhoheit für die Abfallbeseitigung, aber nicht das Problem der „tickenden Zeitbomben“ zu übertragen. ☞

Bayerns Luft wird immer sauberer

„Bayerns Luft wird immer sauberer“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf in München bei der Vorstellung der aktuellen Zahlen über die landesweiten Emissionen von Schwefeldioxid (SO₂) und Stickstoffoxiden (NO_x). Nach Schnappaufs Worten geht der Ausstoß an Luftschadstoffen immer weiter zurück, da unter anderem mehr moderne Katalysatorfahrzeuge gefahren werden, die deutlich weniger Stickoxide ausstoßen. Allerdings verursachen Kraftfahrzeuge immer noch drei Viertel aller Stickoxid-Emissionen, aber auch knapp die Hälfte aller Feinstaubemissionen.

Deshalb forderte Schnappauf die Bundesregierung auf, bei der EU auf weitere Minderungen der Kfz-Emissionen, insbesondere der Partikelemissionen bei

Dieselmotoren, und die Festlegung strengerer Grenzwerte hinzuwirken. Schnappauf: „Die derzeit in Brüssel diskutierte Verschärfung der EURO-Normen darf nicht nur allein für Pkws gelten. Sie muss endlich auch auf Kleintransporter ausgeweitet werden, die bisher weniger strengen Abgaswerten unterliegen. Diese Lücke gilt es schleunigst zu schließen.“

Nach den vom Umweltministerium erhobenen Zahlen sank der Ausstoß an SO₂ seit 1996 bei privaten Verbrauchern von 27.200 auf 19.200 Tonnen pro Jahr, bei der Industrie von 45.000 auf 40.000 Tonnen und beim Straßenverkehr von 18.000 auf etwa 7.000 Tonnen pro Jahr. Insgesamt ließ sich der SO₂-Ausstoß vor allem wegen des geringeren Kohleverbrauchs von 1976 bis heute um mehr als 90 Prozent reduzieren.

Der Ausstoß an NO_x konnte in der Industrie und in den Kraftwerken seit 1996 ebenfalls deutlich reduziert werden. Waren es in der Industrie 1996 noch 31.000 Tonnen pro Jahr, so konnte 2001 der Ausstoß auf ca. 27.000 Tonnen und bei den Kraftwerken von etwa 12.000 auf 9.000 Tonnen gesenkt werden. ☞

3. Marktredwitzer Bodenschutztag:

Bodenschutz zwischen Wissenschaft und Vollzug

Die Marktredwitzer Bodenschutztag stand heuer unter dem Motto: „Bodenschutz im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Vollzug“. Bereits zum dritten Mal richtete die Stadt Marktredwitz dieses Informations- und Diskussionsforum für das Fachpublikum von Wissenschaftlern und Anwendern aus. Schwerpunkte der Tagung waren die Umsetzung der Bodenschutzgesetze, die Bewertung von Bodenfunktionen und die Interaktion Boden - Grundwasser.

Über 170 Fachleute von Firmen, Behörden und Universitäten aus der gesamten Bundesrepublik, der Tschechischen Republik, Österreich, der Schweiz und Weißrussland informierten sich in 25 Vorträgen über aktuelle Arbeiten im Bodenschutz und die dabei gewonnenen praktischen Erfahrungen. In den Vortragspausen konnten die Teilnehmer einerseits in der begleitenden Posterausstellung weitere Beiträge mit den Autoren diskutieren, andererseits bot sich die Gelegenheit, im kürzlich eröffneten Bodeninformationssystem des Bayerischen Geologischen Landesamtes zu recherchieren.

Exkursion nach Tschechien

Die traditionelle Exkursion in die benachbarte Tschechische Republik führte zu den starken Mineralausfällungen in der Karlsbader Unterwelt. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Informationsveranstaltung zur Bodenanalytik gemäß Bundesbodenschutzverordnung in der Außenstelle des Bayerischen Geologischen Landesamtes.

Der Kongress begann mit Vorträgen rund um das The-

mengiegebiet „Umsetzung der Bodenschutzgesetze“. In den Referaten kam einerseits die Anerkennung über das bisher in der Bodenschutzgesetzgebung Erreichte zum Ausdruck, andererseits zeigten gerade die Beispiele zu schädlichen Bodenveränderungen, dass weiterhin Fortschreibungsbedarf im Hinblick auf die Etablierung von Grenzwerten für weitere chemische Substanzen besteht.

Öffentliche Aufträge

Um die Qualität von bodenschutzrechtlichen Untersuchungen zu gewährleisten, werden ab dem 1. Januar 2004 in Bayern öffentliche Aufträge nur an eigens zugelassene Labore vergeben. Hintergründe und das Zulassungsverfahren waren ebenso Thema dieser Sitzung.

Weitere Referate beschäftigten sich mit Bodenschutz- und Flächenmanagementsystemen unter Berücksichtigung der bestehenden Regelwerke. So wies Thomas Weith von der Universität Potsdam darauf hin, dass für den erfolgreichen Einsatz eines regionalen Flächenmanagements als modernes Bodenschutzkonzept folgende Erfolgsfaktoren eine wesentliche

Grundlage bilden: 1. Aufgreifen von Problemlagen, 2. Orientierung an Interessenlagen, 3. Nutzung und Entwicklung von Organisationsstrukturen, 4. Formulierung regionalspezifischer Zielsetzungen, 5. Zieladäquater Strategie- und Instrumenteneinsatz, 6. Umsetzung und Controlling.

Bessere Positionierung der Kommunen

Dadurch, so Weith, könnten für die beteiligten Akteure spezifische Vorteile wie größere Planungssicherheit, der erleichterte Zugriff auf finanzielle Ressourcen und konkret sichtbare Umsetzungsprojekte entstehen. Dies bedeute nicht zuletzt eine bessere Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb. In Regionen mit Schrumpftendenzen bestehe zudem für Kommunen der Vorteil, Konkurrenzsituationen um knapper werdende finanzielle Ressourcen zu vermeiden.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung bestehender Bodenschutzaktivitäten liege die wesentliche Herausforderung darin, die existierenden Formen des Regionalmanagements, des kommunalen Flächen-Ressourcen-Managements sowie der umfangreichen Agenda-21-Aktivitäten mit dem RFM-Konzept zu verknüpfen. Von besonderer Bedeutung sind nach Weiths Ansicht dabei die strategische Ausrichtung sowie eine gesamtregionale Verknüpfung der Ansätze über die administrativen Grenzen und Zuständigkeiten hinaus.

Methodisches Problem

Die Bewertung von Bodenfunktionen als methodisches Werkzeug des Bodenschutzes war Thema des zweiten Veranstaltungstages. Die Berücksichtigung von Bodenfunktionen unter raumplanerischen Gesichtspunkten wurde von den Referenten als Chance gesehen, besonders schutzwürdige Böden bei planerischen Anwendungen verstärkt zu berücksichtigen. Welche Methoden überhaupt zur Bewertung von Bodenfunktionen zur Verfügung stehen

und welche Qualität sie besitzen, wurde in einem weiteren Beitrag diskutiert. In Hinblick auf die Schutzwürdigkeit von Böden wurde darauf hingewiesen, dass häufig kein geeignetes Kartenmaterial zur Verfügung steht, um fundierte Schutzempfehlungen auf Planungsebene zu treffen.

Interaktion Boden - Grundwasser

Der dritte Themenkomplex befasste sich mit der Interaktion Boden - Grundwasser. In den Referaten wurden Fragen zur Verlagerung von Stoffen aus Böden und zum Stoffbestand des Bodensickerwassers ebenso erläutert wie die gesetzlich vorgegebenen Labormethoden zur Ermittlung der Sickerwasserbeschaffenheit und ihr Einsatz in der Praxis. Insbesondere die Vergleichbarkeit der einzelnen Extraktionsmethoden war Bestandteil reger Diskussionen, die durch die Problematik zur Übertragbarkeit von Laborergebnissen auf natürliche Situationen intensiviert wurden. Im Hinblick auf den Schadstofftransfer vom Ort der Probenahme zum Ort der Beurteilung wurden neue Ansätze zur Quantifizierung des präferentiellen Flusses in Makroporen dargestellt.

Bodenbewusstsein schaffen

Die Fachbeiträge wurden durch einen Vortrag von Prof. Dr. Hans Willi Thoenes, ehemaliger Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates Bodenschutz beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zum Thema „Bodenbewusstsein schaffen! Warum und Wie?“ abgerundet. Er zeigte auf, welches geringe Bewusstsein in der Öffentlichkeit für das Umweltmedium Boden vorhanden ist. Häufig werde der Boden als „Dreck“ wahrgenommen; welche enorm wichtige Rolle der Boden mit seinen Funktionen jedoch innerhalb der Umwelt einnimmt, werde häufig verkannt. Ziel müsse es daher sein, das Bodenbewusstsein innerhalb der Bevölkerung zu schärfen und die Kenntnis über den Boden zu vertiefen.

Thoenes sieht insbesondere bei Schülern und Jugendlichen gute Möglichkeiten, Informationen von Bodenkundenschaftlern der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Einrichtung von Bodenlehrpfaden sowie das Bodennuseum in Osnabrück zielen in die gleiche Richtung. **DK**



Umweltmedaille 2003

München (wefa) - An 23 bayerische Persönlichkeiten hat Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die „Umweltmedaille 2003“ verliehen. „Sie sind Visionäre, Vorbilder, Vermittler und letztendlich als Macher zu Gunsten einer besseren Umwelt und damit einer höheren Lebensqualität tätig“, lobte der Minister. Zu den Geehrten gehören Landrat a.D. Dr. Helmut Fischer (Oberammergau), Altbürgermeister Joseph Mayer (Rimsting), Bezirkstagspräsident a.D. Edgar Sitzmann (Bamberg) und Landrat Dr. Richard Kessler aus Neuburg/Donau. Er engagierte sich für die Renaturierung des Donaumooses, dem größten Niedermoor in Süddeutschland, und für das Auwaldsystem an der Donau, dem europaweite Bedeutung zukommt. In seiner Amtszeit wurden auch die Umweltbildungsstätte „Haus im Moos“ errichtet und zahlreiche Schutzgebiete ausgewiesen.

Dosenpfand:

Verbraucherfreundliche Lösung in weiter Ferne

Als Augenauswischerei bezeichnete Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf die Feststellungen von Bundesumweltminister Trittin, wonach mit dem Start der Rücknahmesysteme für Einwegdosen und -flaschen die Zettelwirtschaft ein Ende gefunden hat und das Dosenpfand einfach wird. Die Bundesregierung sei offensichtlich nicht in der Lage, das Pfand-Chaos zu beseitigen.

Nachdem die EU-Kommission erst in drei Wochen darüber entscheiden wird, ob sie rechtlich gegen das deutsche Dosenpfand vorgeht, nimmt das Pfand-Chaos seinen weiteren Lauf. Das Bundesumweltministerium gaukelt dem Verbraucher durch den Slogan „Wer Einweg verkauft, muss Einweg zurücknehmen“ eine heile Welt vor. Doch vier konkurrierende Rücknahmesysteme und fünf Insellösungen sprechen eine andere Sprache.

Nach den Worten Schnappaufs ist die Leidensfähigkeit der Bürger angesichts der dilettantischen Berliner Politik allmäh-

lich erschöpft. „Die Bundesregierung muss endlich ein Konzept vorlegen, damit es für den Bürger einfacher wird“, so Schnappauf.

Das Verbraucherverhalten in Bayern sei ausgesprochen umweltbewusst. Bayerns Bürgerinnen und Bürger seien inzwischen zu wahren Profis im Mülltrennen und -vermeiden geworden. „Aber irgendwann reißt der Geduldsfaden. Trittin ist gefordert, den Bürger als Umweltschützer mit ins Boot zu holen, und nicht durch chaotische und schikanöse Regelungen zu vergraulen“, betonte der Minister.

Neue Ära für das Fensterrecycling

Verwertungsgesellschaft Rewindo GmbH gegründet

Bonn (prs) - Die führenden deutschen Kunststoff-Profilhersteller ließen ihren Ankündigungen bei der Nürnberger Messe „fensterbau“ jetzt Taten folgen: In Bonn wurde die Gründung der im März beschlossenen neuen Altfenster-Recyclinggesellschaft vertraglich besiegelt. Die junge GmbH trägt den Namen Rewindo und ist mit einem Stammkapital von 90.000 Euro ausgestattet. Sie vereint in ihren Reihen die bisherigen Gesellschafter der Fenster Recycling Initiative FREI sowie das Unternehmen VEKA AG und deckt somit etwa 80 Prozent des deutschen Kunststoff-Fenstermarktes ab. Zugleich wurde die 1993 ins Leben gerufene Verwertungsgesellschaft für Altfenster GbR (FREI) aufgelöst.

„Nachdem nun alle gesellschaftsrechtlichen Dinge geregelt sind, werden wir mit unserer Arbeit unverzüglich starten“, erklärte Michael Vetter, Geschäftsführer der neuen Gesellschaft, anlässlich der Vertragsunterzeichnung. Der Recycling-Experte war zuvor Bereichsleiter bei der Arbeitsgemeinschaft PVC und Umwelt e.V. (AgPU). Gegenstand der neu gegründeten GmbH ist die Überwachung, Kontrolle, Koordination und Dokumentation der Umsetzung der „Freiwilligen Selbstverpflichtung“ der PVC-Industrie. Dabei geht es insbesondere um den Teilbereich der werkstofflichen Verwertung von PVC-Altfenster und -Profilabschnitten.

Vetter: „Die Rewindo GmbH will durch flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland den Rücklauf von Altfenstern aus PVC in den Recycling-Kreislauf signifikant erhöhen. Darüber hinaus ist sie beratend tätig beim Ausbau sowie der Optimierung von Verwertungssystemen.“

Man werde mit den Recycling-Anbietern selbst keine Verträge abschließen, wohl aber gegenüber den Gesellschaftern diejenigen Verwertungsunternehmen empfehlen, die die notwendigen Qualitätsanforderungen

für PVC-Fensterrecycling erfüllen. Derzeit, so Vetter, sei dies bei den Unternehmen Dekura Kunststoffrecycling GmbH, Rahden, sowie der Firma VEKA Umweltechnik GmbH, Behringen, gewährleistet. Weitere Anbieter könnten grundsätzlich einbezogen werden, wenn die technischen und logistischen Voraussetzungen stimmen. Generell seien die Gesellschafter frei, Vereinbarungen mit dem einen oder anderen Recycling-Unternehmen zu treffen. Die Profil-Hersteller verpflichten sich in jedem Fall zur Rücknahme der Recyclate für ihre eigene Fensterprofil-Produktion.

Die Rewindo GmbH hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Gemäß der „Freiwilligen Selbstverpflichtung“ sollen bis 2005 mindestens 50 Prozent der erfassbaren verfügbaren Menge von Abfällen Altfenster aus Fensterprofilen wiederverwertet werden. Es gilt daher, gegenüber potentiellen Auftraggebern vermehrt Überzeugungsarbeit zu leisten, um sie für die umweltfreundliche Alternative zur Deponie zu gewinnen. Dabei werden künftig neben der Zielgruppe der kommunalen Entscheider auch die Abbruchunternehmen in den Fokus der Öffentlichkeitsarbeit genommen.

Mercedes-Benz Unimog auf der „Agritechnica 2003“:

Premiere für neuen U 400 Agrar

Einzigster deutscher landwirtschaftlicher Traktor mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 85 km/h

Die DaimlerChrysler AG, größter Nutzfahrzeug-Hersteller der Welt im Marktsegment > 6 t zGG, stellte auf der Agritechnica 2003, der europäischen Leitmesse für Landtechnik, vom 9. - 15. November 2003 in Hannover den neuen Mercedes-Benz Unimog U 400 A (= Agrar) vor. Dieses Fahrzeug ist ein Mitglied der Unimog-Produktlinie U 300 - U 500, die im Montagewerk Wörth (Rheinland-Pfalz), der größten Lkw-Produktionsstätte des DaimlerChrysler-Konzerns in Europa, vom Band läuft. Der U 400 A ist der einzige deutsche landwirtschaftliche Traktor mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 85 km/h.

Auf der Agritechnica 2003 zeigte der Produktbereich Unimog/Sonderfahrzeuge der DaimlerChrysler AG auf dem Mercedes-Benz-Messestand A 035 in Halle 6 mit vier Fahrzeug- und Gerätekombinationen einen repräsentativen Querschnitt durch sein Produktprogramm für die Landwirtschaft und Einsätze im öffentlichen Dienst und dokumentierte gleichzeitig seine Kernkompetenz im Spektrum kommunaler Aufgabenstellungen.

So war beispielsweise einer der ausgestellten Unimog-Geräteträger mit dem neuen elektronisch automatisierten Schaltgetriebe „AutomaticShift“ zu sehen. Zwei weitere Unimog sind mit dem im Jahr 2002 erstmals der breiten Öffentlichkeit vorgestellten ISOBUS-Bedien-Terminal ausgerüstet. ISOBUS ist eine weltweit standardisierte Daten-Schnittstelle zwischen

Trägerfahrzeug und Anbaugeräten, mit der unter anderem der Gerätewechsel und die Bedienung gravierend vereinfacht werden können.

Geräte-System-Partnerschaft

Seit dem Jahr 2000 wird für die Unimog-Baureihe U 300 - U 500 eine Geräte-System-Partnerschaft praktiziert, bei der Fahrzeuge und Geräte gemeinsam mit führenden Geräteherstellern im In- und Ausland entwickelt und erprobt wurden bzw. werden. Eine Vielzahl von Geräten sind davon bereits im Einsatz. Im Rahmen der Unimog-Geräte-System-Partnerschaft sind bereits in der fahrzeug- und geräteseitigen Entwicklungsphase sämtliche An- und Aufbaupunkte, Antriebe und Steuerungen für Geräte in Form standardisierter mechanischer, elektrischer, elektroni-

sch, hydraulischer und pneumatischer Schnittstellen definiert worden.

Die Gerätehersteller-Firmen aus dem deutschsprachigen Raum, die in die Unimog-Geräte-System-Partnerschaft eingebunden sind, verfügen über langjährige Erfahrungen und haben bereits seit vielen Jahren eine intensive Zusammenar-

beit mit dem Produktbereich Unimog/Sonderfahrzeuge der DaimlerChrysler AG praktiziert. Europaweit arbeitet der Produktbereich Unimog/Sonderfahrzeuge derzeit mit 15 Geräte-System-Partnern zusammen. Voraussetzung für eine Geräte-System-Partnerschaft sind vor allem innovative Techniken, die perfekt auf die Unimog-Geräteträger U 300, U 400 und U 500 abgestimmt sind, sowie ein wettbewerbsfähiges Preis-Leistungs-Verhältnis.

Agrar-Variante U 400 A

Die auf der Agritechnica erstmals gezeigte und speziell auf die Anforderungen im landwirtschaftlichen Einsatz zugeschnittene Agrar-Variante des Unimog-Geräteträgers U 400 mit der Typen-Bezeichnung U 400 A ist mit dem 170 kW (230 PS) starken ladeluftgekühlten 6-Zylinder-Turbodieselmotor OM 906 LA ausgestattet. Fahrzeugseitig verfügt der ausgestellte U 400 A über eine AS-Traktionsbereifung der Größe 445/70 R 24 sowie die vom Fahrerplatz aus bedienbare Reifendruck-Regelanlage „tirecontrol“. Zu den Innovationen des ausgestellten Fahrzeugs zählen erstmals eine überarbeitete, mechanisch angetriebene Heckzapfwelle der Firma Werner, zweitens ein neuer, verstärkter Heckkraftheber des Unimog-Geräte-System-Partners Söder, sowie eine höhenverstellbare Anhängerkupplung der Firma Scharmüller aus Österreich.

Mit der in der Agrar-Aus-

führung neu gestalteten Heckpartie des Unimog können insbesondere landwirtschaftliche Lohnunternehmer einen Großteil der täglich anfallenden Aufgaben erledigen: Alle in der Landwirtschaft gebräuchlichen Dreipunkt-Geräte sowie Anhänger können problemlos aufgenommen und mit der für den Unimog charakteristischen hohen Transportgeschwindigkeit zum Einsatzort gebracht bzw. dort eingesetzt werden.

Vielseitiges „Kraftpaket“

Mit 170 kW (230 PS) Motorleistung, 40 kN Hubkraft in den Unterlenker-Koppelpunkten, 120 kW Dauerleistung an der Heckzapfwelle sowie austauschbaren und höhenverstellbaren Anhängerkupplungen wird der U 400 A zum vielseitigen „Kraftpaket“ für den überbetrieblichen Einsatz. Durch die Überarbeitung der Heckzapfwelle hat die Firma Werner die Bodenfreiheit im Heckbereich deutlich verbessert und erreicht somit die in den Normen empfohlene Position des Abtriebsstummels. In dieser Variante erfüllt der Unimog alle Aufgaben eines Standard-Traktors und bietet darüber hinaus eine wesentlich höhere Transportgeschwindigkeit, eine größere Transportkapazität und einen deutlich verbesserten Fahrkomfort.

Bäume „in Form“ schneiden

An der Frontanbauplatte des Unimog-Geräteträgers U 400 A ist ein bis zu 6 m weit ausfahrbarer Frontausleger des Typs UNA 600 angebaut, der aus dem Produktprogramm des Geräte-System-Partners Dücker stammt. An ihm ist eine Ast- und Wallheckenschere für Äste mit einer maximalen Stärke von 110 mm montiert. Mit diesem Gerät können selbst hohes Gebüsch oder Bäume bis zu einer Höhe von 6,6 m „in Form“ geschnitten und Lichtraumprofile freigehalten werden. Die Auslegerarme des UNA 600 sind auf einem Verschiebeschlitten angebracht, der ein paralleles Versetzen des gesamten Arbeitsgeräts nach rechts oder links erlaubt. In Transportstellung werden die Auslegerarme vor dem Unimog zusammengeklappt. Die Arbeitsgeschwindigkeit liegt bei dieser Geräte-Kombination bei maximal 8 km/h.

Umrüsten des Trägerfahrzeugs

Alternativ zu der Ast- und Wallheckenschere können am Frontausleger auch andere Arbeitsgeräte wie Schlegel- oder Gestrüppmähköpfe, Grabensohlen-Fräsen, Tunnelwaschanlagen etc. montiert werden. Die genannten Einsatzmöglichkei-



Der Unimog U 400 mit einer Winterdienst-Arbeitskombination aus Schneepflug und Streuer des Unimog-Geräte-System-Partners Gmeiner.

Bei Helfern vor Ort und First Respondern:

Grünes Licht für Blaulicht

Helfer vor Ort und organisierte Ersthelfergruppen - letztere werden bei den Feuerwehren auch First Responder genannt - dürfen in Bayern bei ihren Einsätzen künftig Blaulicht und Martinshorn verwenden. Das Verkehrsministerium hat grünes Licht für eine Neuregelung der Blaulichtberechtigung im Rahmen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) gegeben.

Laut Innenminister Dr. Günther Beckstein und Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu sollen die Helfer durch den Einsatz der Sonderwarneinrichtungen schneller zum Unglücksort kommen können. „Je eher sie bei den Verletzten sind und medizinische Soforthilfe leisten, umso größer sind die Überlebenschancen“, betonte Wiesheu. Dieser Aspekt sei gerade für den ländlichen Raum wichtig, da dort kein so engmaschiges Netz der regulären Rettungsdienste wie in Großstädten bestehe, machte Beckstein deutlich. Die Neuregelung war in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Innenministerium entstanden.

Ausnahmeberechtigung

Die notwendige Ausnahmeberechtigung für die Nutzung von Blaulicht und Martinshorn erhalten die organisierten Ersthelfergruppen, die bei den Hilfsorganisationen Helfer vor Ort und bei den Feuerwehren First Responder genannt werden, bei den jeweiligen Bezirksregierungen. Dringend erforderlich dabei ist unter anderem, dass sie mit Zustimmung des

ten werden dann im Winter, wenn keine Mäh- und Schneearbeiten mehr anstehen, ergänzt bzw. ersetzt durch ein Umrüsten des Unimog-Trägerfahrzeugs für leistungsintensive Winterdienst-Einsätze mit Schneepflug und Streuer.

Im Heckbereich ist bei dem auf der Agritechnica ausgestellten U 400 A ein Dücker-Holz-

Rettungszweckverbandes im aktuellen Alarmierungsplan der örtlichen Rettungsleitstelle eingebunden sind, alleinige Nutzer des Fahrzeugs sind und dass für die Fahrzeuge die notwendige erweiterte Versicherung besteht. Die Änderung der Fahrzeugpapiere erfolgt dann kostenfrei bei der jeweiligen Zulassungsstelle.

Kosteneinsparung

Auch die neuerdings auf dem Markt erhältlichen mobilen Dachaufsetzer, die Blaulicht und Martinshorn in einem Gerät vereinen, dürfen Helfer vor Ort und First Responder künftig mit einer Ausnahmeberechtigung verwenden. Dadurch können sie sich den teuren Einbau eines fest installierten Martinshorns, die Abnahme durch den TÜV und die Kosten für den Wiederausbau vor dem Kfz-Verkauf sparen. Die Genehmigung dieser neuen Geräte war ursprünglich von den Notärzten für ihre privaten Pkws angeregt worden. Das Verkehrsministerium hat diesem Wunsch entsprochen und auf die Helfer vor Ort und First Responder ausgeweitet. **DK**

hacker montiert. Angetrieben durch die mechanische Heckzapfwelle stehen enorme Leistungsreserven von bis zu 120 kW zur Verfügung, mit denen problemlos Astwerk und Holzstämmen mit Durchmesser von bis zu 250 mm zerkleinert werden können. Natürlich können auch bereits im Fuhrpark vorhandene Geräte eingesetzt werden. **DK**

Rettungszweckverband Regensburg:

Leitstelle künftig bei der Berufsfeuerwehr

Einstimmig hat sich der Rettungszweckverband Regensburg auf den Standort der künftigen Integrierten Leitstelle festgelegt. Ab dem Jahr 2006 werden alle Notrufe, ob Feuerwehr, Notarzt oder Krankenwagen, bei der Hauptfeuerwache der Regensburger Berufsfeuerwehr einlaufen. Der Regensburger Zweckverband hat somit als erster in Bayern diese wichtige Standortentscheidung getroffen.

Unter Vorsitz des Regensburger Landrats Herbert Mirbeth waren sich die Verbandsmitglieder der Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Stadt Regensburg, mit den Vertretern der Landkreise Cham und Neumarkt i. d. Oberpfalz schnell einig, wobei diese Einmündigkeit vor allem deshalb zustande kam, weil sich der Standort bei der Regensburger Berufsfeuerwehr als die wirtschaftlichste Lösung herausstellte.

Gebot der Sparsamkeit

Es hatte sich auch das Bayerische Rote Kreuz beworben, das derzeit die Rettungsleitstelle noch im Regensburger Gewer-

park betreibt. Da beide Bewerber, Berufsfeuerwehr und Rotes Kreuz, hohe Kompetenz und lange Erfahrung im Betrieb von Leitstellen haben, war bei der Entscheidung das Gebot der Sparsamkeit ausschlaggebend.

Einheitliche Rufnummer

Schon jetzt laufen alle Notrufe, z. B. bei Verkehrsunfällen in den Landkreisen Cham, Neumarkt, Regensburg und der Stadt Regensburg, bei der Rettungsleitstelle. Ab 2006 gibt es dann die einheitliche Rufnummer 112, unter der Feuerwehr und Rettungsdienst gemeinsam zu erreichen sind. **KI**

10. Landesfeuerwehrtag in Rödenthal:

Mitarbeit, Mitverantwortung, Mitgestaltung

Alfons Weinzierl zum Nachfolger von Karl Binai gewählt

Mit einem festlichen Zweitagesprogramm hat der Landesfeuerwehrverband Bayern in Rödenthal die zehnte Wiederkehr seines Gründungstages gefeiert. Vor 135 Jahren gegründet und während der Zeit des Nationalsozialismus aufgelöst, hatte die Landesfeuerwehr erst zum Ende des 20. Jahrhunderts erneut die Kraft gefunden, ihre vielen Vereine neu zu bündeln und den Landesfeuerwehrverband mit seinen 340.000 Feuerwehrdienstleistenden neu zu gründen.

Zum Vorsitzenden wurde 1993 Karl Binai gewählt, dem dem Verband Profil und Gestalt verlieh, seine Wirkungsweise bestimmte und damit das Gewicht der Bayerischen Wehren an die Öffentlichkeit trug. In diesen zehn Jahren hat er seine Kräfte der ehrenamtlichen Tätigkeit gewidmet. Die Delegiertenversammlung nahm er nun zum Anlass, Abschied zu nehmen. Als Nachfolger von Binai, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde, bestimmten die über 300 Delegierten im Beisein hoher politischer Prominenz, unter ihnen die Staatsminister Dr. Günther Beckstein und Erwin Huber, mit überzeugender Mehrheit den 44-jährigen Dingolfinger Kreisbrandrat Alfons Weinzierl.

Verbindung zur Basis

Der bisherige niederbayerische Bezirkschef wird, so gab er bei seiner Vorstellung bekannt, sein Amt als Kreisbrandrat von Dingolfing-Landau weiterführen, um die Verbindung zur Basis besonders in dieser zur Zeit wichtigen Phase nicht zu verlieren. Letztlich gehe es um den Erhalt der Ortsfeuerwehren und um eine zeitgemäße soziale Absicherung der Feuerwehrangehörigen, allerdings nicht als abhängige Beschäftigte im Sinn

der Sozialversicherung. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Brandschutz sei ein weiterer wichtiger Aspekt für die Zukunft neben ebenso wichtigen Sachthemen wie u.a. die Umsetzung des Notrufes 112 unter dem Dach Integrierter Leitstellen, die Einführung eines bezahlbaren Digital-Funks und die Umsetzung des Sicherheitskonzepts Katastrophenschutz. Nachhaltig forderte Weinzierl eine gemeinsame Arbeit unter dem Dach des Verbandes ein und stellte diese unter die drei Oberbegriffe Mitarbeit, Mitverantwortung und Mitgestaltung.

Ehrung für Beckstein

Besonderes Gewicht erhielt der Landesfeuerwehrtag durch Festakt, Kundgebung und Eröffnung der Feuerwehr-Aktionswoche am zweiten Tag der Veranstaltung. Mit der Verleihung des Steckkreuzes bedankte sich Innenminister Beckstein bei den Feuerwehr-Spitzenkräften für die Erhaltung des Feuerwehrgedankens, für alle Opfer an Lebenszeit und persönlichen Einschränkungen. Beckstein legte die Wertgrundlagen vor, die die Bayerische Staatsregierung den Freiwilligen Feuerwehren beimisst. Als Beispiel nannte er die Flutkatastrophe;

sie habe gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Feuerwehrsystem ist, welche organisatorischen Schienen dazu nötig seien, und in welcher Weise beides die Verwirrungen einer örtlichen Katastrophe auflösen könnten.

Vereinheitlichung der Notrufnummer

Beckstein griff auf die Statistik zurück, nannte Zahlen und setzte Maßstäbe: Im Haushalt 2002 stieg der Anteil für das Feuerwehrgewesen von 80 auf 90 Prozent des Aufkommens der Feuerschutzsteuer, plus 1,3 Millionen Euro zur Beschaffung von mobilen Feuerlösch-Übungsanlagen. Im Haushaltsjahr 2003 wird die gesamte Einnahme aus der Feuerschutzsteuer für das Feuerwehrgewesen aufgewendet. Die Entwicklung des Steueraufkommens dagegen sei entsprechend der Wirtschaftslage nicht abschätzbar, zumal die Verpflichtungen des Bundes nicht eingehalten worden seien.

Auch sei man nicht weitergekommen mit der dringend notwendigen Vereinheitlichung der Notrufnummer: Der Alleingang der Kassenärzte mit ihren Call-Centern habe keine Entlastung, sondern eine Zunahme der Bereitschaftsdienste erbracht, erklärte der Minister. Die Achtung vor dem Ehrenamt habe zur Schaffung des „Sicherheitspakets Bayern“ für die Verbesserung der Ausrüstungen geführt für die Vereinheitlichung der Notrufnummer allerdings konnte die landesrechtliche Verordnung nicht durchgesetzt werden.

Unzumutbare Sozialversicherungspflicht

Zur Versicherungspflicht der Aufwandsentschädigungen im ehrenamtlichen Feuerwehrdienst fand Beckstein deutliche Worte: „Eine unerträgliche Belastung - ein ehrenamtlicher Feuerwehrmann ist kein Aushilfskellner!“ Die Verantwortung für die unzumutbare Sozialversicherungspflicht lag und liege beim Bund, so der Politiker; dazu bedürfe es gesetzlicher Regelungen. Der Pervertierung des Ehrenamts müsse auf jeden Fall Einhalt geboten werden. Überzeugung und Leidenschaft, wie sie zur Ausübung des Feuerwehrdienstes gehörten, seien unvergleichbar - und nicht „versteuerbar“. Betriebliche Nachteile dürften nicht dadurch entstehen, dass andere Menschen Hilfe brauchen, auch ein Arbeitgeber könnte selbst einmal betroffen sein. Die Rettung innerhalb von zehn Minuten sei ein Bayernstandard - nicht überall üblich - und entscheide oft über Leben und Tod.

Als „Feuerwehrmann mit Leistungsprüfung“ wisse er genau, so Staatskanzlei-Chef Erwin Huber, wie hart die Ausbil-



Die gewaltigen Kapazitäten der Fräs-Schleudern von Schmidt-Winterdienst verdeutlicht unsere Aufnahme. Die Geräte werden an UNIMOG-Fahrzeuge angebaut und sind sowohl für die frontale Schneeräumung als auch für die Beseitigung von Randwällen geeignet. Die stabile Bauweise erlaubt den Einsatz auch bei extremen Schneebedingungen. Die Frästrommeln sind gezahnt und zerspanen auch harten und vereisten Schnee. Der Schnee wird zur Mitte befördert und dem schnell laufenden Schleuderrad zugeführt. Durch die hohe Umfangsgeschwindigkeit werden große Wurfweiten erzielt, und beim Verladen von Schnee mit einem höheren Auswurfkamin wird sicheres Verladen ermöglicht.

Werkfoto: Schmidt

derung sei und wie anhaltend das Training. Im Jahrhunderthochwasser-Einsatz hätten rund 36.500 Einsatzkräfte aus Feuerwehr, THW, Polizei, Bundeswehr, Grenzschutz und Hilfsorganisationen wie die Bergwacht und andere humanitäre Kräfte bewiesen, was Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt bedeuteten.

Huber verspricht Unterstützung

Ziele und Aufwandsbereitschaft der Staatsregierung seien bekannt: Ausstattung der Feuerwehren, Ausbildung zu höchstem Standard, Errichtung von Feuerwehrhäusern. Der Aufwand für Beschaffungen habe 227 Millionen Euro in zehn Jahren betragen, für Feuerwehrhäuser 142 Millionen Euro; zusammen mit den Mitteln der Kommunen stünden den Feuerwehren jährlich 150 Millionen Euro zur Verfügung plus 22 Millionen Euro als „Maßnahmenpaket zur inneren Sicherheit“. Sie dienten dem Katastrophenschutz, den unbekanntem Ereignissen aus dem „grauen Krieg“ von Terrororganisationen. Seit Jahren fordere Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Einsatzerlaubnis für die Bundeswehr in einem solchen Fall und ihre Einbeziehung in ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Bürger in Deutschland.

Kommunalfinanzern gefährden Feuerwehren

Die Unterstützung der Feuerwehren durch die Kommunen sei durch ihre Finanzlage gefährdet, sagte Huber; die bereits 1998 angekündigte Gemeindefinanzreform der Bundesregierung stehe immer noch aus. In einem Sofortprogramm für die Kommunen habe die Staatsregierung eine Maßnahme durch den Bundesrat gebracht: Zurücknahme der Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 Prozent, Erhöhung des Gemeindeanteils am Umsatzsteuern-Aufkommen von 2,2 auf 3 Prozent, Entlastung der Kommunen um die Sozialzahlungen. Die Schuldenaufnahme der Gemeinden müsse ein Ende haben, ebenso der Abstieg der Leistungskraft und die Arbeitslosigkeit. Das positive Lebensgefühl - im Süden höher entwickelt als im Norden - sollte noch gesteigert werden. Ebenso seien die Vereinsstrukturen und die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu aktivieren. „Die Feuerwehren machen es vor - sie sind wirklich aktiv!“ sagte Huber nachdrücklich. Der Minister schloss mit der Wiederholung des Mottos für den Landesfeuerwehrtag „Viele stecken heute den Kopf in den Sand - Wir halten ihn für Sie hin.“

DK



Der Schneeauswurf bei den Fräs-Schleudern von Schmidt-Winterdienst wird im langen Auswurfkamin dynamisch zu einem kompakten Schneestrahle gebündelt, der gezielt abgelegt werden kann. Der Schneestrahle wird durch eine hydraulisch verstellbare Umlenkklappe in der Wurfweite verändert. Eine wartungsfreie Kamindrehvorrichtung mit einem langsam laufenden, stufenlosen Hydraulikmotor und damit großem Drehmoment steuert die Wurfrichtung in einem großen Drehbereich. Die Frästrommeln sind in der Mitte und an Außenlagerungen stabil gelagert. Die äußeren Abstützungen sind in der Räumkontur versenkt und halten damit den Schubwiderstand bei frontaler Schneeräumung gering. Die Frästrommeln sind mit integrierten Nockenschalt-Kupplungen ausgestattet, die eine automatische Sicherung beim Erfassen von Fremdkörpern darstellen. Der Vorbau verfügt über eine große Aushubhöhe sowie eine hervorragende Querneigung nach links oder rechts zur Anpassung an das Geländeprofil. Werkfoto: Schmidt

Landkreis Bamberg:

Bauernmuseum zieht positive Bilanz

Das Bauernmuseum des Landkreises Bamberg ist vor kurzem in die Winterpause gegangen. Anlass, eine Bilanz über die erste Saison seit der Wiedereröffnung zu ziehen. Und die fällt sehr positiv aus: „Das Interesse am Fischerhof ist hoch; inzwischen haben uns knapp 7.000 Personen besucht. Für ein Museum unserer Größenordnung ist das ein wunderschöner Erfolg“, freuen sich die Museumsleiterin, Dr. Birgit Jauernig, und Landrat Dr. Günther Denzler.

Noch nicht ganz zufrieden ist Jauernig lediglich mit der Beteiligung der Schulen, für die sie deshalb in den Monaten November und Dezember ein besonderes Angebot vorhält.

Enormer Andrang

Schon zur dreitägigen Eröffnungsfeier strömten rund 1.750 Gäste in die neugestalteten Räumlichkeiten. Den größten Ansturm mit rund 2.000 Besuchern erlebte das Museum am 31. August beim Jagd- und Naturfreundefest. Auch zur Frensdorfer Kirchweih im September, als der Förderverein Bauernmuseum e. V. Blech- und Zwiebelkuchen aus dem Museumsbackofen anbot, war der Andrang groß. Die neue Präsentation des Frensdorfer „Fischerhofes“ fand allgemeine Zustimmung. „Glückwunsch zum gelungenen Museum“ oder „tief beeindruckt von den Schätzen des Landkreises Bamberg“ heißt es etwa im Gästebuch. Als „herausragend“ wird dabei auch die Ausstellung „Kuhhandel - vom Umgang mit einem Nutztier“ gelobt, an deren Erstellung das Bauernmuseumsteam stark beteiligt war.

Unerwartet schnell hat es sich

herumgesprochen, dass der Fischerhof ein Veranstaltungsort mit einem ganz besonderen Ambiente ist. Die Scheunen, der Seminarraum und die pädagogische Lehrwerkstatt wurden gerne und häufig gebucht: Allen voran vom Bauernverband, der hier sowohl seine Kreisversammlung mit illustren Gästen abhielt, als auch Kochkurse anbot, die regen Zuspruch bekamen.

Hoher Erlebnischarakter

Aber auch Gruppen aus sozialen und kirchlichen Einrichtungen, aus den Universitäten Erlangen-Nürnberg oder Bamberg, Soroptimist international, der Lions-Club Forchheim, Senioren, Radler oder Stammtische - sie alle fühlten sich im Bauernmuseum wohl. Inzwischen können sich sogar Heiratswillige in der Bauernstube trauen lassen. „Es zeigt sich, dass unser Konzept, dem Museum einen Erlebnischarakter zu verleihen, goldrichtig war“, urteilt Landrat Dr. Denzler.

Das sahen offenbar auch etliche Gemeinden so, die das Museum in ihr Ferienprogramm mit einbezogen. Der Landkreis versteht sein Bauernmuseum in erster Linie als Bildungsangebot



Geschichte und Heimatkunde werden im Bauernmuseum für Schulklassen ansprechend erlebbar gemacht.

und will hier die Schulen ansprechen. Dies ist der einzige Bereich, wo die Museumsleiterin mit der ersten Saison noch nicht so ganz zufrieden ist. „Ich würde mir wünschen, dass noch mehr Schulklassen die Gelegenheit wahrnehmen, Geschichte und Heimatkunde einmal anders zu erleben. Allerdings muss man vielleicht noch etwas Geduld haben, bis sich unsere Vorzüge herumgesprochen haben.“ Ein museumspädagogischer Frischschoppen im Juni sollte schon mal Lehrkräfte auf das Museum und was man darin mit Schülern machen kann, aufmerksam machen.

Sonderausstellung „Kuhhandel“

Bis Weihnachten lockt das Museum nun noch Schulklassen mit einer museumspädagogischen Aktion zur Sonderausstellung „Kuhhandel“, bevor diese dann auf Wanderschaft geht. Sie umfasst das aktive Erleben und Erarbeiten der Ausstellung, den Gang durch ein „Labor der Sinne“ und als spielerischen Ausklang einen „Kuhstaffellauf“.

Die Aktion kann in zwei unterschiedlich langen Versionen gebucht werden und ist für Grund- und Hauptschüler ab der 3. Jahrgangsstufe geeignet. Bei Interesse kann man sich am Bauernmuseum im Fischerhof in Frensdorf, Tel.: 09502/8308, anmelden.

Ländliches Wohnen und Wirtschaften

Das Bauernmuseum im Fischerhof war im April nach mehrjähriger Umbau- und Sanierungsphase wieder eröffnet worden. Gezeigt wird der Hof in dem Zustand, wie er in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ausgesehen haben dürfte. Das Museum widmet sich dem Schwerpunktthema „Ländliches Wohnen und Wirtschaften“ und stellt dabei den Menschen und die vielfältigen Arbeiten in den Mittelpunkt, die damals tagtäglich zu verrichten waren, um der Familie das Überleben und dem Hof den Bestand zu sichern. Seit Juni beherbergt es außerdem die Informationsstelle für Tracht und Volkskultur des Bezirkes Oberfranken.

Landkreis Regensburg:

AG-Gründung „Holz aus der Region“

Rund 50.000 Hektar des Landkreises Regensburg und damit etwa ein Drittel der Landkreisfläche sind bewaldet. Viele der 2.500 Landwirte des Landkreises sind daher auch Waldbesitzer und Forstwirte und der Wald ist damit ein Standbein in der wirtschaftlichen Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft. Nimmt man hierzu die Holzverarbeitenden Betriebe in den Gemeinden des Landkreises hinzu, stellt Wald und Holz einen bedeutenden Faktor in der Regionalentwicklung des Landkreises dar. Dem wurde nun durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Holz aus der Region“ Rechnung getragen.

Diese Gründung ist das Ergebnis einer Zusammenkunft der Vertreter der fünf Forstbetriebsgemeinschaften des Landkreises, Repräsentanten von Forstbehörden sowie Schreibern, Zimmermannen und Architekten, zu der Landrat Herbert Mirbeth nach Hemau eingeladen hatte.

Anwesend war auch der Landtagsabgeordnete Philipp Graf Lerchenfeld, der eine Ausweitung der Wertschöpfung aus dem Holz-ertrag der Heimatwälder nur in einer stärkeren Verknüpfung der Wertschöpfungskette „Holzproduzent - Sägewerksbetreiber - Holzverarbeiter“ sah. Damit stellte sich allerdings das Problem des Herkunftsnachweises, denn ein Bauherr wird nur dann überzeugend auf das sinnvolle Nachfragen nach einem Holz aus seiner Heimatregion und damit zu einer Stärkung der Wirtschaftskraft seiner Heimat hingeführt werden können, wenn auch tatsächlich nachgewiesen werden kann, das Holz „ist aus einem Wald bei Bernhardswald geschlagen worden und kommt nicht aus Tschechien.“

Landrat Mirbeth kündigte an, dem Wirtschaftsausschuss sowie

dem Ausschuss Ländlicher Raum des Kreistags einen Wettbewerb im nächsten Jahr vorzuschlagen. Der Landrat sah in dem an diesem Abend gegründeten Arbeitskreis „Holz aus der Region“ auch eine gute Möglichkeit, die Aktivitäten der fünf Waldbesitzervereinigungen im Landkreis bei der Verwertung von Holz als Energieträger zu bündeln und damit zu stärken. „Mit dieser Zusammenarbeit sind wir auf dem richtigen Weg, nicht auf dem Holzweg“, fasste der Landkreischef schließlich das Ergebnis des Abends zusammen. **DK**

Balleis besuchte SüdWasser GmbH

Erlangens OB Siegfried Balleis besuchte gemeinsam mit Wirtschaftsreferent Konrad Beugel die SüdWasser GmbH in ihren neuen Räumen. Anlass war die erste Gesellschafterversammlung des Tochterunternehmens der E.ON Bayern. Das Versorgungsunternehmen hatte im September seinen Verwaltungssitz in Erlangen eröffnet, wo man sich - so ein Vertreter des Unternehmens - „sehr wohlfühle“.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die einen demonstrieren gegen Stoiber, weil er spart. Die anderen gegen Schröder, weil er Reformen vorschlägt. Wann folgt dem Demonstrieren endlich das Kapiere?“ Mein Chef, der Bürgermeister, stöbert in der Vorlage über angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen. Und obwohl er vor nicht allzu langer Zeit selbst im Stil eines Alt-Spontis gegen die drohende Pleite der Kommunen demonstriert hat, sieht er die angekündigten Proteste kritisch.

Denn einen Unterschied gibt es: Der Bürgermeister hat mit seinen Kollegen für etwas demonstriert, nämlich dafür, dass die Kommunen weiter im Sinne der Bürgerinnen und Bürger arbeits- und handlungsfähig bleiben. Ansonsten wird von den Gewerkschaften über die Hochschüler bis hin zu anderen Gruppen nur gegen den Versuch demonstriert, das Land wieder



weit kommen wie bei der Bundesregierung und der Regierung in Nordrhein-Westfalen, die 1,7 Mrd. Euro Subventionen für die Ruhrkohle nicht auszahlen, sondern sich verzinst stunden lassen. Das heißt im Klartext: Eine Branche, die angeblich so klamm ist, dass sie ohne Staatsknete nicht überleben kann, hat so viel Geld flüssig, dass sie auf die Auszahlung der erbetelten

Gelder verzichten kann und diese dem Subventionsgeber großzügig zu sechs Prozent als Darlehn lässt (Bundesschatzbriefe werfen weniger ab). Soll dieses aasen mit Steuergeldern für Bayern Vorbild sein? Jedem Kämmerer, der seinem Sportverein 6.000 Euro Betriebszuschuss streichen muss, geht bei so etwas doch das Messer in der Tasche auf.

Da kann eher der wackere Fürther als Beispiel dienen, der den Betrag der beliebten Rechnungsgröße „Pro-Kopf-Verschuldung“ wörtlich nahm und knapp 1.500 Euro an die Stadtkasse überwies, um sich ganz persönlich zu „entschulden“. Pffiffig wie man in Mittelfranken ist, haben die Fürther jetzt ein Sonderkonto samt Spendenquittung eingerichtet. Eine tolle Idee, wie man den Bürgersinn, den Politiker so gerne beschwören und der so selten geworden zu sein scheint, aktivieren könnte.

Denn so wie der Fürther die Verbindlichkeiten der Allgemeinheit zu seinen eigenen gemacht hat, so müssen wir alle die Aufgabe, staatliche und kommunale Ausgaben herunterzufahren, zu unserem eigenen Anliegen machen. Das bedeutet dann auch Verzicht und Einschränkung. Aber wie bei jeder wirklich guten Entschlackungskur fühlt man sich nach dem Leiden des Fastens hinterher besser und erleichtert. Weil man wieder Spielraum hat und Neues in Angriff nehmen kann. Oder wollen wir so weiter machen, wie es der Kabarettist Werner Finck auf dem heutigen Kallenderblatt aufs Korn nimmt: „Ein Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“

the
Sabriul

Dringend nötige Entschlackungskur

handlungsfähig zu machen.

Fanny Bacher hat erst jüngst den Bürgermeister belabert, das Spardiktat aus München sei so fürchtbar, man werde ganz bewegungsunfähig, das Nötigste fehle in Zukunft. Da kam sie beim Chef aber an den Richtigen. Denn in Wahrheit macht die Staatsregierung doch nur das, was die Kommunen schon seit einiger Zeit machen: Alles durchforsten, ob es noch finanziert werden muss. Seit drei Jahren hat es fast jeder bayerische Bürgermeister und seine Verwaltung auf die harte Tour erlebt, was es heißt, die Ecken besonders gründlich auszufegen auf der Suche nach ein paar Euro zum Einsparen. Warum soll die Staatsregierung nicht auch mal hergenommen werden, samt deren Bürokraten, denen in besseren Zeiten immer mal wieder eine „Regelungslücke“ aufgefallen ist, die nur mit viel Geld zu füllen war.

Klar, der Freistaat hat noch Geld oder könnte es sich jedenfalls unproblematisch besorgen. Aber ist es nicht besser, die in München räumen mal auf? Schließlich sollte es bei uns nicht so

Kommunale Familien-Tische Bayern:

Workshop zum Erfahrungsaustausch

Es muss mehr für die Familie getan werden - darin ist sich die Mehrheit der Bevölkerung einig. Doch wo beginnen? Und was benötigen Familien überhaupt? Neue Wege in der kommunalen Familienpolitik gehen derzeit sieben bayerische Kommunen mit dem Pilotprojekt „Kommunale Familien-Tische“. In einem Workshop im Innovations- und Gründerzentrum Bamberg wurden nunmehr Erfahrungen in diesem Handlungsfeld ausgetauscht.

Neben den sieben Pilotkommunen - Bergtheim, Bamberg, Mitterteich, Pilsting, Germering, Neu-Ulm, Neustadt a.d. Aisch - und weiteren 15 Kommunen, die sich ebenfalls als Pilotstandorte beworben hatten, wurden zu diesem Austausch darüber hinaus in der kommunalen Familienpolitik aktive Städte und Gemeinden sowie Vertreter der Regierungsbezirke eingeladen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde gab Moderator Dr. Jürgen Wüst vom Institut für Organisationskommunikation IFOK, Bensheim, einen Einblick in das Pilotprojekt und

stellte den Ansatz des Familientischs und das konkrete Vorgehen in den Pilotkommunen vor.

Strukturwandel

Im Anschluss beleuchtete Prof. Dr. André Habisch vom Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Familienpolitik - Alibiveranstaltung oder Wegweiser in die Bürgergesellschaft?“ die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft. Habisch zufolge sei auf-

fallend, dass zwar die Engagementbereitschaft konstant ist, jedoch ein „Strukturwandel“ des Ehrenamts zu beobachten ist. So gelte heutzutage nicht mehr das Motto „Von der Wiege bis zur Bahre“, auch sei die Tätigkeit stärker projektbezogen (Dauer zwei bis drei Jahre), Gestaltungsmöglichkeiten bewegten sich näher am eigenen beruflichen Profil. Zudem würden Möglichkeiten der Zusatzqualifikation wie beispielsweise Zertifikate oder Monitoring und Feedback geschaffen.

Stärkeres Engagement von höher Qualifizierten

Allgemein sei zu beobachten, so der Referent, dass sich höher qualifizierte Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt mehr engagierten als niedrig qualifizierte, Berufstätige mehr als Rentner bzw. Hausfrauen und Familienmitglieder mehr als Singles. Entscheidend sei letztlich die soziale Verankerung im Gemeinwesen. Zwar hätten Engagierte mehr zu bieten, doch stellten sie auch höhere Anforderungen an ihr Engagement, erklärte Habisch.

Nach einer kurzen Diskussionsrunde stellten die Moderato-

ren die Open Space Methode als Arbeitsform der weiteren Veranstaltung vor. Die Methode öffnet den Raum für die Erfahrungen der Teilnehmenden und lädt zum selbstverantwortlichen Handeln ein. Die Teilnehmenden bestimmen die Themen, an denen sie arbeiten wollen und finden sich in kleinen Arbeitsgruppen mit den Personen zusammen, die ebenfalls an dem Thema interessiert sind. Die Gruppen diskutieren eigenständig und fassen ihre Ergebnisse auf vorbereiteten Moderationswänden zusammen. Dabei gibt es nur wenige Regeln zu beachten: 1. Es beginnt, wenn die Zeit reif ist. 2. Die da sind, sind genau die Richtigen. 3. Was immer auch geschieht, es ist das Einzige was geschehen kann. 4. Vorbei ist vorbei. In zwei Workshoprunden war Raum für den Austausch.

Fehlende Angebote

Parallel traf sich eine Runde mit Vertreterinnen und Vertretern landesweiter Institutionen und Netzwerke zum Austausch über bestehende und fehlende Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kommunen beim Thema Familienfreundlichkeit. In einem gemeinsamen Abschlussplenum wurden die Ergebnisse aus den verschiedenen Diskussionsrunden schließlich kurz präsentiert. **DK**

Stellenanzeige

Verwaltungsfachangestellter

z.Zt. unbefristet angestellt in norddeutscher Inselgemeindevverwaltung, sucht neue Aufgabe im Freistaat Bayern. Aufgrund verschiedener beruflicher Aktivitäten und umfangreicher Kenntnisse und Weiterbildungen in den Bereichen Kassenwesen/Buchhaltung, Liegenschaftsverwaltung, Tiefbau, Grünflächen und EDV Administration vielseitig einsetzbar. Bei Interesse sende ich gerne meine Bewerbungsunterlagen zu. **Telefon mobil: 0172-3462751.**



Mit innovativen Ideen zum erfolgreichen Medienunternehmen

Kronach/Bamberg. Im historischen Rathaus der Stadt Kronach hat die Mittelstandsunion der CSU die Innovationspreise verliehen. Für die Bamberger Region bekam der 34-jährige Geschäftsführer der modern media production GmbH, Michael A. Müller (Mitte), den begehrten Preis. Gemeinsam mit dem Oberfränkischen MU-Bezirksvorsitzenden Thomas Brändlein (l.) würdigte der Landesvorsitzende Hans Michelbach (r.), das unternehmerische Schaffen Müllers. **Foto: Bernd Sommerfeld**

Vorschau auf GZ 24

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 24, die am 18. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Kommunalfinanzen
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ◀ Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte